



Inhalt	Seite
GI Leitsätze	272
Haftung des Steuerberaters	273
– Belehrungspflicht	
– Umsatzsteueroption	
(OLG Hamm Ur.t.v. 4. 4. 1990 – 25 U 181/89)	
Haftung des Sequesters	275
– Haftung für falsche Rechtsauskünfte der Mitarbeiter	
– Mitverschulden des Auskunftsempfängers	
(OLG Hamburg Ur.t.v. 26. 4. 1990 – 6 U 1/90)	
Steuerberaterhaftung	278
– Ehegattenarbeitsverhältnis	
– Belehrungspflichten	
(OLG Hamm Ur.t.v. 2. 5. 1990 – 25 U 151/89)	
Haftung des Steuerberaters	280
– Auskunftsvertrag	
– Darstellung der Geschäftsentwicklung	
(OLG Hamm Ur.t.v. 26. 4. 1989 – 25 U 10/86)	
Haftung des Steuerberaters	284
– Vertrag mit Schutzwirkung zugunsten Dritter	
– Auftrag zur Erstellung des Jahresabschlusses	
– Bilanzfälschungen des Auftraggebers	
– Mitverschulden des Kreditgebers	
(OLG Hamburg Schlußur.t.v. 28. 6. 1990 – 8 U 171/84)	
Haftung des Steuerberaters	291
– Verjährung des Schadenersatzanspruches	
– Sekundärer Schadenersatzanspruch	
(BGH Ur.t.v. 25. 9. 1990 – XI ZR 126/89)	

GI Leitsätze

Treuhänderhaftung / Belehrungspflichten / subventionierte Miete / Verjährung

1. Der mit der umfassenden Interessenwahrnehmung beauftragte Treuhänder (Wirtschaftsprüfer) im Erwerbermodell hat aufzuklären, wenn die Garantiemiete nicht marktgerecht ist. Dies gilt auch dann, wenn eine Mietgarantie eines Initiators vorliegt.
2. Die Belehrungspflicht besteht auch, wenn der Mandant ein selbständiger Anlageberater ist, der das Objekt vertreibt und nun für sich eine Wohnung erwirbt.
3. Der Schadenersatzanspruch wegen Verschuldens bei Vertragsschluß verjährt gem. § 51a WPO in fünf Jahren nach Entstehung des Anspruchs.
4. Der Schadenersatzanspruch entsteht, wenn die prospektierte Miete nicht mehr vollständig geleistet wird.

IOLG Nürnberg Urt.v. 27.4.1990 – 6 U 4005/89 – RPK U 956/90)

Verjährung von Honorarforderungen / Buchführungshonorar

1. Die Verjährungsfrist für Honorarforderungen des Steuerberaters für Buchführungsarbeiten für seinen Mandanten richtet sich nach § 196 Abs. 1 Nr. 15 BGB und beträgt damit 2 Jahre.
2. Bei Buchführungsarbeiten ist Auftrag oder Angelegenheit i. S. von § 7 StBGebVO in der Regel die Arbeit für das gesamte Kalenderjahr. Deshalb kann in diesen Fällen die Fälligkeit der Honorarforderung für ein Kalenderjahr erst im folgenden Kalenderjahr eintreten, so daß die Verjährung gem. § 201 BGB frühestens zum Schluß des folgenden Kalenderjahres beginnt.

(IOLG Karlsruhe Urt.v. 27.4.1990 – 10 U 298/89 – Steuerberater 1990, 312)

Ausscheiden aus der Sozietät – Anspruch auf Geschäftswert

Der aus der Gesellschaft Ausscheidende hat keinen Anspruch auf den Geschäftswert, wenn dies nicht vertraglich vereinbart ist.

(BGH Urt.v. 15.1.1990 – II ZR 14/89 – BB 1990, 597)

Vermietung des Pkw's der Ehefrau an Steuerberater

Entgegen der bisherigen Verwaltungsauffassung hat der BFH im Urteil vom 13.7.1989 (IV R 8/86, Der Betrieb 1990, 27) entschieden, daß in der selbstfinanzierten Anschaffung eines Pkw durch die bisher nicht unternehmerisch tätige Ehefrau eines Steuerberaters und die entgeltliche Vermietung des Pkw an den Ehemann für dessen Unternehmen ein Gestaltungsmißbrauch nicht zu sehen sei.

In gleichgelagerten Fällen verfahren die Finanzämter nach den Grundsätzen dieses BFH-Urteils.

Zu Fällen der Vermietung beweglicher Wirtschaftsgüter oder von Gebäuden an insoweit zum Vorsteuerabzug berechnete nahe Angehörige (z. B. Arzt, Versicherungsvertreter) oder der maßgeblichen Beteiligung des Mieters an der Finanzierung solcher Gegenstände oder zu überhöhten Mietpreisen liegt noch keine höchststrichterliche Rechtsprechung vor. Es ist daher nach den bisher geltenden Grundsätzen zu prüfen, ob ein Gestaltungsmißbrauch im Sinne des § 42 AO gegeben ist.

(Vfg. OFD Münster v. 9.2.1990 – S 7360-30-St 44-32 – STEUER-TELEX 3443 – LEXinform 0094502)

Haftung des Steuerberaters

- Belehrungspflicht
- Umsatzsteueroption

(OLG Hamm Urt.v. 4. 4. 1990 – 25 U 181/89)

Leitsätze (d.Verf.):

1. Erkennt der Steuerberater, daß der Mandant für ein verpachtetes Objekt erhebliche Vorsteuern bei der Umsatzsteuer berücksichtigte, so muß er ihn darauf hinweisen, daß der Vorsteuerabzug nur möglich ist, wenn er zur Umsatzsteuer optiert und Pachtzinsen zusätzlich mit Umsatzsteuer verlangt.
2. Der Steuerberater ist beweispflichtig für die Behauptung, daß die Pächter weder zur Vertragsänderung noch bei der Vereinbarung eines neuen Pachtvertrages zur Zahlung der sie nicht belastenden Umsatzsteuer bereit gewesen wären.

Aus den Gründen:

Der Schadenersatzanspruch der Beklagten ist aus dem Gesichtspunkt der positiven Vertragsverletzung begründet. Der Steuerbevollmächtigte Sch. war als langjähriger Berater der Beklagten verpflichtet, diese auf die Möglichkeit der Mehrwertsteueroption nach § 9 UStG hinzuweisen und ihnen zu raten, bei der Verpachtung ihres Berghotels W. darauf zu achten, daß die Pächter zusätzlich Mehrwertsteuer auf die Pachtzinsen zahlten. Auch ohne besonderen Beratungsauftrag ergab sich diese **Hinweispflicht** des Steuerbevollmächtigten Sch. bereits aufgrund des bereits seit 1972 bestehenden Steuerberatervertrages mit den Beklagten und insbesondere **aufgrund des Umstandes, daß ihm aus der von ihm geführten Buchführung und den von ihm zu erstellenden Steuererklärungen unstreitig bekannt war, daß bei den Beklagten für das Pachtobjekt erhebliche Vorsteuern anfielen**, die er gegenüber dem Finanzamt auch absetzte. Eine solche Absetzung der Vorsteuern war aus steuerlichen Gründen nur zulässig, wenn die Beklagten zur Mehrwertsteuer nach § 9 UStG optierten. Dies hätte dem Steuerbevollmächtigten Sch. bekannt sein und ihn veranlassen müssen, die Beklagten entsprechend zu beraten und die zu vereinbarende Mehrwertsteuer in den Steuererklärungen auszuweisen.

Unerheblich ist, daß der Steuerbevollmächtigte Sch. bei dem eigentlichen Abschluß des notariellen Pachtvertrages vom 17.2.1977 nicht mitgewirkt hat. Es kann auch dahinstehen, ob bei einem nachträglichen Hinweis auf

die Mehrwertsteuroption die neuen Pächter noch bereit gewesen wären, die Pachtzinsregelung nachträglich zu ändern. Dies haben die Beklagten behauptet und unter Beweis gestellt. Hätte der Steuerbevollmächtigte Sch. nämlich den Beklagten pflichtgemäß bereits vorher den entsprechenden Hinweis erteilt, so hätten diese zur Mehrwertsteuer optiert und bei Abschluß des neuen Pachtvertrages am 17.2.1977 auf der Zahlung der zusätzlichen Mehrwertsteuer auf die Pachtzinsen bestanden. Es ist davon auszugehen, daß die neuen Pächter zur Zahlung der zusätzlichen Mehrwertsteuer bereit gewesen wären: Nach § 4 UStG sind Pachtzinsen grundsätzlich nicht mehrwertsteuerpflichtig; nur im Falle der Mehrwertsteuroption nach § 9 UStG entsteht die Pflicht, Mehrwertsteuer auf die Pachtzinsen zu zahlen. Diese können von den Pächtern des gewerblichen Objektes als Vorsteuern ihrerseits abgesetzt werden, so daß die Kosten als sogenannte Durchgangsposten letztlich keine zusätzliche Belastung für die Pächter darstellen.

Dementsprechend sind in dem von den Beklagten im Senatstermin vorgelegten neuen Pachtvertrag vom 22. 2. 1985 die Mehrwertsteuern zusätzlich vereinbart worden und haben sich auch die – nach dem Ausscheiden der Pächter G. – zwischenzeitlich bis Februar 1985 tätigen Pächter nachträglich zur Zahlung der zusätzlichen Mehrwertsteuer bereit erklärt. Dies ist von der Klägerin im Senatstermin nicht bestritten worden. Im übrigen verkennt die Klägerin die Beweislast. Da der Steuerbevollmächtigte S. es pflichtwidrig unterlassen hatte, die Beklagten auf die Mehrwertsteuroption hinzuweisen, hat die Klägerin als Rechtsnachfolgerin nunmehr darzulegen und **zu beweisen, daß die Pächter G. bzw. andere Pächter im Jahre 1977 zur Zahlung der für die Pächter an sich nicht belastenden Mehrwertsteuern nicht bereit gewesen wären.** Entsprechender Beweis ist nicht angetreten.

Die Klägerin kann sich nicht darauf berufen, daß die der Höhe nach nicht streitige Steuernachzahlung von 7.978,15 DM nur deshalb erfolgt sei, weil die Beklagten anläßlich der Betriebsprüfung des Finanzamtes im Jahre 1985 ihrerseits den Antrag zur Mehrwertsteuroption stellten. Im Senatstermin ist unstreitig festgestellt worden, daß die von dem Steuerbevollmächtigten Sch. abgesetzten Vorsteuern für die Zeit ab 1981 höher waren als die nach der Mehrwertsteuroption nachträglich anfallenden Steuern, so daß unter dem Gesichtspunkt der Schadenminderung der entsprechende Antrag der Beklagten geboten war, um einen höheren Schaden zu vermeiden.

Entgegen der Auffassung des Landgerichts wird der eingetretene Schaden von 7.978,15 DM nicht dadurch ausgeglichen, daß die Beklagten für

die Zeit von 1977 bis 1980 in gleicher Weise Vorsteuern abgesetzt haben und wegen Festsetzungsverjährung insoweit keine Mehrwertsteuern nachzahlen mußten. Das Landgericht erkennt, daß bei rechtzeitigem Hinweis bereits seit 1977 zusätzliche Mehrwertsteuern gezahlt und in den jeweiligen Steuererklärungen berücksichtigt worden wären.

Haftung des Sequesters

- Haftung für falsche Rechtsauskünfte der Mitarbeiter
 - Mitverschulden des Auskunftsempfängers
- (OLG Hamburg Urt.v. 26.4.1990 – 6 U 1/90)

Leitsätze (d.Verf.):

1. Der Sequester haftet für schuldhafte Pflichtverletzungen analog § 82 KO.
2. Er muß sich falsche Rechtsauskünfte der Sekretärin zurechnen lassen.
3. Der Auskunftsempfänger hat sich genau zu vergewissern, mit wem er gesprochen hat.

Aus den Gründen:

Die Berufung der Klägerin ist zulässig (II) und teilweise begründet (III).

- I. Zwar enthält weder die Berufungsschrift noch die Berufungsbegründung einen formellen Berufungsantrag. § 519 Abs. 3 Nr. 1 ZPO ist aber dennoch gewahrt, weil aus der Berufungsbegründung klar ersichtlich ist, daß die Klägerin das landgerichtliche Urteil in vollem Umfang angreifen und den aus dem der Berufungsschrift beigefügten erstinstanzlichen Urteil ersichtlichen Klageantrag mit ihrer Berufung weiter verfolgen will.
- II. Die Berufung der Klägerin ist auch zum Teil begründet. Der Beklagte ist der Klägerin in entsprechender Anwendung des § 82 KO zum Schadenersatz verpflichtet; diese kann jedoch wegen erheblich überwiegenden Mitverschuldens (§ 254 Abs. 1 BGB) lediglich zu 25 % Ersatz ihres Schadens beanspruchen. Im einzelnen:
 - a) Der Beklagte ist der Klägerin **analog § 82 KO zum Schadenersatz verpflichtet. Diese Vorschrift gilt entsprechend für die persönliche Haftung eines Sequesters** (vgl. Kilger, KO, 15. Aufl., § 106 KO Anm. 4

am Ende m.w.N.). Dem Beklagten ist auch eine schuldhafte Verletzung seiner Pflichten gegenüber der Klägerin anzulasten: Seine Sekretärin – die Zeugin S. – hat dem persönlich haftenden Gesellschafter P. am 27.9.1988 telefonisch eine irreführende Auskunft erteilt.

Allerdings hat die Klägerin ihren Sachvortrag zu dem zwischen den Parteien streitigen Inhalt des Telefongesprächs vom 27. September nicht beweisen können: Der Zeuge R. hat nicht die Behauptung der Klägerin bestätigt, daß die Telefonistin im Büro des Beklagten die Zeugin S. nicht als dessen Sekretärin, sondern als dessen Kollegin vorgestellt habe. R. hat freilich ausgesagt, Frau S. selbst habe von dem Beklagten als ihrem Kollegen gesprochen. Diese dem eigenen Vortrag der Klägerin widersprechende Bekundung erscheint nicht als glaubhaft; denn es widerspricht jeder Lebenserfahrung, daß eine Sekretärin und Anwaltsgehilfin ihren Chef als ihren Kollegen bezeichnen würde. Auch im übrigen erscheint die Aussage des Zeugen R. dem Senat objektiv nicht als hinreichend glaubhaft. R. meint sich zwar zu erinnern, daß Frau S. erklärt habe, das Geld dürfe nicht ausgezahlt, sondern müsse auf das Anderkonto überwiesen werden. Doch gleichzeitig vermag er sich nicht mehr zu erinnern, daß P. Frau S. darauf hingewiesen hat, daß R. den Versteigerungserlös beanspruche, obwohl der Beklagte selbst diesen Hinweis des P. zugestanden hat. Alle diese Umstände begründen erhebliche Zweifel daran, daß R. sich an den Inhalt des Telefongesprächs noch richtig zu erinnern vermag. Auch die Aussage der Zeugin S. hat – wie angesichts des Inhalts ihrer Bekundungen keiner näheren Begründung bedarf – keinen Beweis zugunsten der Klägerin erbracht. Nach allem ist der Senat aufgrund der Beweisaufnahme nicht davon überzeugt, daß sich das Telefongespräch in der von der Klägerin behaupteten Form abgespielt hat.

Die Anwaltsgehilfin S. hat jedoch nach der eigenen Einlassung des Beklagten der Klägerin eine irreführende Auskunft erteilt: Der Beklagte hat nämlich in erster Instanz selbst zugestanden, daß Herr P. geäußert hatte, wohin er das Geld überweisen solle, der Zeuge R. würde das Geld beanspruchen. Auf diesen erstinstanzlichen Vortrag hat der Beklagte in seiner Berufungserwiderung Bezug genommen. Wenn bei dieser Ausgangslage die Anwaltsgehilfin erklärte, der Versteigerungserlös **könne** auf das Anderkonto des Sequesters überwiesen werden, so konnte dadurch bei einem juristischen Laien als Gesprächspartner leicht der irreführende Eindruck erweckt werden, er sei zu einer derartigen Überweisung befugt.

Der Beklagte **haftet für diese irreführende Rechtsauskunft seiner Sekretärin. Ein Sequester ist zwar ein Schuldnervertreter, er ist aber amtlich bestellt und hat gem. § 82 KO auch die Interessen anderer Beteiligter**

zu wahren. Daß im vorliegenden Fall nicht der Beklagte selbst, sondern seine Sekretärin die irreführende Auskunft erteilt hat, vermag nichts an seiner Verantwortlichkeit zu ändern. Die Zeugin S. hätte sich jeder Rechtsauskunft enthalten und hätte P. an den Beklagten als Sequester verweisen müssen. Wenn sie stattdessen ihre Kompetenzen überschritt und im Aufgabenbereich des Beklagten tätig wurde, so muß sich dieser dieses Verhalten seiner Sekretärin zurechnen lassen. Er hätte seine Sekretärin eingehend und eindringlich instruieren müssen, daß sie sich jeder Rechtsauskunft enthalten mußte und nur rein technische Auskünfte erteilen durfte. Der Beklagte hat insoweit auch nichts zu seiner Entlastung vorgetragen.

- b) Das erheblich **überwiegende Mitverschulden** liegt freilich auf seiten der Klägerin: Ihr persönlich haftender Gesellschafter P. hätte sich genau vergewissern müssen, mit wem er das Telefongespräch führte. Gerade angesichts der Höhe des Versteigerungserlöses wäre es angebracht gewesen, nicht einfach aufgrund eines Telefonats mit einem Gesprächspartner, dessen Stellung und Qualifikation P. nicht ermittelt hatte, das Geld auf das Sequestrationsanderkonto zu überweisen. Als geschäftsführender Gesellschafter eines kaufmännischen Auktionshauses hätte er wissen und beachten müssen, daß die Klägerin in erster Linie die Interessen ihres Auftraggebers – des Zeugen R. – zu wahren und den Versteigerungserlös an diesen auszukehren hatte. **Ohne vorherige genaue und eindeutige Klärung der Rechtslage hätte er den Versteigerungserlös nicht auf das Sequestrationsanderkonto einzahlen, sondern das Geld zurückhalten oder notfalls beim Amtsgericht hinterlegen müssen.** Unter irgendwelchem Zeitdruck stand er nicht; denn der Beklagte als Sequester hatte bis dahin keinen Anspruch auf den Versteigerungserlös erhoben. Auch enthielt der Sequestrationsbeschluß kein Gebot des Gerichts an die Klägerin, den Versteigerungserlös an den Sequester auszusahlen. Nach allem trifft die Klägerin ein erheblich überwiegendes Mitverschulden an dem Schaden.

Unter Abwägung der angeführten Mitverursachungs- und Mitverschuldensanteile erscheint es dem Senat als angemessen, daß der Beklagte der Klägerin gem. § 254 Abs. 1 BGB 25 % ihres Schaden zu ersetzen hat.

- c) Dagegen kann dem Beklagten nicht deshalb eine schuldhafte Pflichtverletzung gem. § 82 KO angelastet werden, **weil er das Geld nicht vor Konkurseröffnung an die Klägerin zurückgezahlt hat.** Auch wenn man zugunsten der Klägerin davon ausgeht, daß der Beklagte die Zahlungseingänge daraufhin zu überprüfen hatte, ob sie dem Gemeinschaftschuldner zustanden, so kann dem Beklagten doch den Umständen

nach insoweit keine Pflichtverletzung angelastet werden. Auch wenn die Klägerin die Überweisung sofort nach dem Telefongespräch am 27.9.1988 vorgenommen hat, so hat der Beklagte von dem Geldeingang doch wahrscheinlich frühestens zwei Tage nach diesem Datum erfahren. Obendrein fielen der 1. und 2. 10. 1988 auf ein Wochenende. Vor der Konkurseröffnung am 3. 10. 1988 verblieb dem Beklagten demgemäß nur eine äußerst kurze Zeit für eine Überprüfung. Trotzdem überwies er noch 85.000,- DM an den Zeugen R. Zumal von dem zurückbehaltenen Betrag ein Teil dem Gemeinschuldner auch zustand, nach dem Klägervortrag gut 14.000,- DM, konnte eine genauere Prüfung in der Kürze der Zeit nicht verlangt werden. Schließlich mußten auch etwaige Forderungen des Gemeinschuldners gegen den Zeugen R. noch in Betracht gezogen werden. **Da es in erster Linie Aufgabe des Beklagten als Sequester war, die Masse zusammenzuhalten, kann ihm nicht als Pflichtverletzung angelastet werden, daß er zunächst nur den Teil des Geldes, der aus seiner Sicht dem Zeugen R. zweifelsfrei zustand, an diesen auszahlte,** und den restlichen Betrag bis zu einer abschließenden genaueren Prüfung der in Betracht kommenden Ansprüche und Gegenforderungen auf dem Sequestrationskonto beließ.

Es sind auch keine Anhaltspunkte dafür vorhanden, daß der Beklagte den Restbetrag in Höhe der Klageforderung in Kenntnis des Umstandes, daß dieser in voller Höhe dem Zeugen R. zustand, nur einbehalten hat, um gestützt auf diese Summe die Eröffnung des Konkursverfahrens zu betreiben. Der Antrag auf Eröffnung des Konkurses war schon vorher gestellt worden.

Steuerberaterhaftung

- Ehegattenarbeitsverhältnis
- Belehrungspflichten

(OLG Hamm Urt.v. 2.5.1990 – 25 U 151/89)

Leitsätze (d. Verf.):

1. Der Steuerberater hat wegen der strengen Anforderungen der Finanzverwaltung an die steuerrechtliche Anerkennung von Familienverträgen, den Mandanten sorgfältig zu beraten.
2. Der Hinweis, den Lohn auf ein Privatkonto zu zahlen, ist nicht ausreichend. Es kann nicht ausgeschlossen werden, daß beide Ehegatten mitverfügungsberechtigt sind.

Aus den Gründen:

Die zulässige Berufung des Beklagten ist nicht begründet. Mit Recht hat das Landgericht den Beklagten verurteilt, dem Kläger den Schaden zu ersetzen, der diesem dadurch entstanden ist, daß der an den im Betrieb des Klägers beschäftigten Ehegatten gezahlte Lohn bei der Betriebsprüfung für die Jahre 1982 und 1983 nicht als Betriebsausgabe anerkannt, sondern als Gewinnentnahme gewertet worden ist. Für den dem Kläger hieraus erwachsenen Schaden ist der Beklagte als Steuerberater verantwortlich, weil er die dem Kläger gegenüber obliegenden Pflichten verletzt hat.

Der Kläger war seit 1975 der umfassend beauftragte steuerliche Berater des Klägers. Zu seinen Pflichten gehörte es auch, den Kläger so zu beraten, daß der an die im Betrieb des Klägers tätige Ehefrau gezahlte Lohn als Betriebsausgabe steuerlich anerkannt wurde. Der an die Ehefrau des Klägers ab 1.1.1982 für deren vollschichtige Tätigkeit gezahlte Lohn wurde bei der Betriebsprüfung im Jahre 1985 nicht als Betriebsausgabe anerkannt, weil der Lohn auf ein privates Konto überwiesen worden war, über das jeder der beiden Ehegatten allein verfügen konnte. In dieser Form gezahlter Lohn wird nach ständiger Rechtsprechung der Finanzgerichte (vgl. BFH v. 27.11.1989 GRS 1/88 in BStBl II 1990, 160 – 166 m.w.N.) nicht als Betriebsausgabe des Arbeitgeberehegatten anerkannt.

Unstreitig ist der Beklagte Ende 1981 vom Kläger oder dessen Ehefrau darüber unterrichtet worden, daß die Ehefrau des Klägers im klägerischen Betrieb als Vollzeitkraft die anfallenden Büroarbeiten erledigen sollte. Er ist auch nach den zu beachtenden steuerrechtlichen Voraussetzungen gefragt worden. Die bei dieser Beratung nötigen Hinweise hat der Beklagte nicht vollständig gegeben. Er hat zwar darauf hingewirkt, daß ein auf den 28.12.1981 datierter schriftlicher Arbeitsvertrag abgeschlossen worden ist, und hat nach seiner Erklärung in der mündlichen Verhandlung vor dem Senat auch die Ehefrau des Klägers darauf hingewiesen, daß der Lohn auf ihr Privatkonto überwiesen werden müsse; dieser Hinweis reichte aber nicht aus. Angesichts der strengen Anforderungen, die Finanzämter und finanzgerichtliche Rechtsprechung an die steuerrechtliche Anerkennung von Arbeitsverhältnissen unter Ehegatten stellen, bedurfte es seitens des Beklagten besonders **sorgfältiger Beratung des Klägers**. Dieser Pflicht hatte der Beklagte nicht damit genügt, daß er der Ehefrau des Klägers erklärt hatte, es genüge, wenn **der Lohn auf ihr Privatkonto** überwiesen werde. Dieser Hinweis hatte für den Kläger oder dessen Ehefrau nicht die Bedeutung, daß die Überweisung nicht, wie geschehen, auf ein gemeinsames privates Konto der Ehegatten erfolgen durfte. Die steuerliche Schädlichkeit einer derartigen Verfahrensweise ist dem Laien nicht

ohne weiteres einsichtig und wie der Vorlagebeschluß vom 22. 3. 1988 des 8. Senats des BFH (BStBl II 1988, 880) zeigt, auch im Steuerrecht nicht unumstritten.

Gerade aber deshalb machte die in der finanzgerichtlichen Rechtsprechung vertretene Auffassung, daß eine **steuerliche Anerkennung des Ehegattenarbeitsverhältnisses nicht möglich ist, wenn das Arbeitsentgelt auf ein Konto überwiesen wird, über das jeder der beiden Ehegatten allein verfügungsberechtigt ist** (vgl. BFH vom 22. 3. 1972 in BFHE 105, 351), den besonderen Hinweis erforderlich, daß es sich nicht um ein Privatkonto handeln dürfe, über das, wie hier, auch der Kläger allein mitverfügungsberechtigt war. Eine in diese Richtung zielende Belehrung hat der Beklagte, wie er in der mündlichen Verhandlung eingeräumt hat, aber ausdrücklich nicht erteilt. Die unterlassene Belehrung hat auch dazu geführt, daß die Lohnzahlungen an die Ehefrau bei der Betriebsprüfung nicht als Betriebsausgaben anerkannt, sondern als gewerbesteuerpflichtige Gewinnentnahmen bewertet worden sind. Die erhöhte Gewerbesteuer für 1982 und 1983, die bei Anerkennung des Arbeitslohnes der Ehefrau als Betriebsausgabe vermieden worden wäre, hat das Landgericht somit zu Recht dem Kläger als ihm vom Beklagten zu zahlenden Schadenersatz zuerkannt, wie auch die Feststellung ausgesprochen, daß der Beklagte auch zum Ersatz des weiteren künftigen Schadens verpflichtet ist, der aus der unvollständigen Beratung dem Kläger erwachsen ist.

Haftung des Steuerberaters

- Auskunftsvertrag
 - Darstellung der Geschäftsentwicklung
- (OLG Hamm Ur.t.v. 26. 4. 1989 – 25 U 10/86)

Leitsätze (d.Verf.):

1. Wird der Steuerberater einer Gesellschaft, die Kapital braucht, angewiesen, einem evtl. Kapitalgeber Auskunft über die wirtschaftliche Lage der Firma zu erteilen, so wird hierdurch ein Auskunftsvertrag zugunsten eines Dritten geschlossen. Dieser kann bei Verletzung der Auskunftspflicht Schadenersatzansprüche geltend machen.
2. Fehlt die Bilanz des Vorjahres, muß deutlich gemacht werden, daß über den Verschuldensstand und die Ertragssituation keine genauen Angaben gemacht werden können.

Aus den Gründen:

Die Berufung des Beklagten ist zulässig; sie ist aber nicht begründet.

Der Beklagte haftet dem Kläger auf Ersatz des Schadens, der diesem durch die Beteiligung mit 100.000,- DM an der Firma R. und Verlust dieser Einlage entstanden ist, weil er pflichtwidrig und schuldhaft dem Kläger unvollständig und fehlerhaft eine Auskunft über die wirtschaftliche Situation der Firma R., deren Steuerberater er war, erteilt hat.

Insoweit hatten die Gesellschafter der Firma R. den Beklagten, ihren Steuerberater, beauftragt, einem Dritten, nämlich dem Kläger, Auskunft über die wirtschaftliche Lage der Firma R. zu erteilen, wie aufgrund der Beweisaufnahme zur Überzeugung des Senats feststeht. Die Zeugen M. und Sch., Gesellschafter der R., haben dazu übereinstimmend ausgesagt, daß sie mit dem Beklagten besprochen hätten, daß der Kläger vor der Entscheidung über eine finanzielle Beteiligung an der Firma Auskünfte haben wolle und daß er, der Beklagte, diese Auskünfte erteilen solle. Darin liegt ein Vertrag zwischen der R. bzw. ihren Gesellschaftern mit dem Beklagten als ihren Steuerberater zugunsten des Klägers, eines Dritten, mit dem Inhalt, Auskunft über die wirtschaftliche Lage der Firma zu erteilen, und zwar dahin, daß der Kläger entscheiden konnte, wie riskant eine Beteiligung mit 100.000,- DM an der Firma R. war. Denn für den Beklagten als Steuerberater war aufgrund der Anweisung der Gesellschafter M. und Sch. ersichtlich, daß es den Beteiligten einmal – auf Seiten der Firma R. – um eine Kapitalanlage ging, daß andererseits der Beklagte vor seiner Kapitaleinbringung über die wirtschaftliche Situation der Firma informiert werden wollte. Es ist nach der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs (BGHZ 74, 103, 106; BGH in WM 85, 381) anerkannt, daß schon dann ein stillschweigend abgeschlossener Auskunfts- und Beratungsvertrag in Betracht kommt, wenn Auskünfte erteilt werden, die für den Empfänger erkennbar von erheblicher Bedeutung sind und die dieser zur Grundlage wesentlicher Entschlüsse oder Maßnahmen machen will. Erst recht gilt das, wenn der Steuerberater einer Gesellschaft, die Kapital braucht, von dieser bzw. ihren Gesellschaftern angewiesen wird, einem bestimmten Dritten, hier dem Kläger, als einem möglichen Kapitalgeber Auskunft über die wirtschaftliche Lage der Firma zu erteilen. Dann liegt ein ausdrücklich geschlossener Vertrag zugunsten eines Dritten vor, aus dem dieser bei Verletzung der Auskunftspflichten Rechte herleiten kann.

Ein solcher Vertrag **verpflichtet den Auskunftgeber, die Auskunft nach bestem Wissen richtig und vollständig zu erteilen und weder durch positives Verfälschen noch durch Weglassen ein falsches Bild darzustellen** (OLG Köln in DSTR 89, 222 m.w.N.). Hier bedeutete das konkret, dem

Kläger die Frage zu beantworten, wie riskant eine Beteiligung mit 100.000,- DM an der Firma war und ihm die Tatsachen mitzuteilen, die es dem Kläger ermöglichten, Risiko und Tragweite seiner Entscheidung selbst ausreichend beurteilen zu können.

Diese Auskunftspflicht hat der Beklagte verletzt.

Denn aufgrund der Beweisaufnahme ist erwiesen, daß der Beklagte lediglich erklärt hat, daß es mit der Firma aufwärts gehe, aber Barmittel fehlten, um die laufenden Verbindlichkeiten zahlen zu können (so Aussagen M.), und daß keine großen Gewinne zu erwarten seien. Diese Auskunft war zwar nicht falsch, aber unvollständig. Zwar lagen leichte Umsatzsteigerungen vor, die den Hinweis auf die „Aufwärtstendenz“ möglicherweise rechtfertigen. Es lag aber schon im Mai 1984, dem Zeitpunkt der Beteiligungsabsicht des Klägers, objektiv der Tatbestand der Überschuldung der Firma vor, wie der Sachverständige Dr. B. eingehend ausgeführt hat. Dem Beklagten war aus den von ihm vorgenommenen Buchungen – so die Aussage des Zeugen M. – bekannt, daß z. B. 36.000,- DM Mieten abgeflossen und Rechnungen im Gesamtwert von jedenfalls 46.000,- DM schon angefallen waren. Allein daraus hätte er, auch wenn die Bilanz 1983 zu diesem Zeitpunkt noch nicht aufgestellt war, sondern erst im Oktober 1984, den Schluß einer Überschuldung ziehen und den Beklagten hierauf hinweisen müssen, weil ihm – so die glaubhaften Aussagen des Zeugen M. – bekannt war, daß es dem Kläger um die Abschätzung des Risikos einer Beteiligung ging. Ihm war, so die weitere Aussage des Zeugen M., auch bekannt, daß der Kläger noch die Bücher einsehen wollte. Bei dieser Sachlage – erhebliche Abflüsse von jedenfalls 36.000,- DM und 46.000,- DM, was ihm durch die Buchungen bekannt war und die fehlende Bilanz 1983, die die Verluste auswies – hätte der Beklagte **zumindest darauf hinweisen müssen, daß er zum damaligen Verschuldensstand der Firma keine genauen Angaben machen könne, weil er die Bilanz noch nicht aufgestellt und deshalb keinen genauen Überblick habe.** Dann hätte der Kläger selbst entscheiden können, ob er dennoch das Risiko eingehen oder die Vorlage der Bilanz abwarten wollte. So aber wurde er durch die allgemein gehaltenen Erklärungen über die Aufwärtstendenz und den nur vorübergehenden Kapitalbedarf ohne warnenden Zusatz in der Zukunftserwartung, sein Geld sicher anlegen zu können, verstärkt. Auch auf die Versagung weiterer Kreditmittel bei einer Höhe des bereits in Anspruch genommenen Kredits von 400.000,- DM ist der Kläger jedenfalls nicht hinreichend hingewiesen worden. Der Zeuge M. hat dies bei seiner erstinstanzlichen Vernehmung zunächst bestritten. Wenn er auch dann eingeräumt hat, daß er nicht ausschließen könne, daß der Beklagte gesagt habe, die Firma bekomme von der Bank keinen Kredit mehr, so fehlt doch jeder weitere Hinweis

auf die bereits bestehende Kreditaufnahme von 400.000,- DM, die dem Beklagten bekannt sein mußte. Der Beklagte hat auch nicht darauf hingewiesen, daß nur durch einen Kapitalzufluß von 200.000,- DM eine Sanierung der Firma möglich sei, wovon er selbst, wie er mehrfach ausgeführt hat, seinerzeit ausging. Auch darauf hätte er den Kläger hinweisen müssen, daß nach seiner Ansicht ein weiterer Anleger ebenfalls 100.000,- DM investieren müsse. Aber auch das hat er nicht getan. Er hat vielmehr durch seine allgemeinen Erklärungen **ohne Hinweis auf ihm bekannte Geschäftsvorfälle, die die Ertragslage der Firma minderten und ohne darauf hinzuweisen, daß er die Geschäftszahlen 1983 überhaupt noch nicht geprüft habe, den Eindruck einer sicheren Beteiligung erweckt und damit seine sich aus dem Auskunftsvertrag zugunsten des Klägers ergebende Verpflichtung, diesem alle Tatsachen mitzuteilen, die für eine Abwägung des Risikos einer Beteiligung von 100.000,- DM erforderlich waren, schuldhaft verletzt.**

Das Verschulden ergibt sich bereits aus der Tatsache, daß er ihm bekannte Umstände verschwiegen hat, obwohl er sowohl eine vollständigere Auskunft hätte erteilen als auch darauf hinweisen können, daß für ihn die Beurteilung im damaligen Zeitpunkt nicht möglich war.

Aufgrund der Beweisaufnahme steht zur Überzeugung des Senats auch fest, daß die Gespräche mit dem Beklagten vor der endgültigen Beteiligung des Klägers an der Firma R. geführt worden sind. Der Kläger hat sich an der Firma R. erst nach Erhalt der ihm erteilten Auskünfte beteiligt. Das haben nicht nur die Zeugen erklärt; das entspricht auch der Lebenserfahrung.

Der Schaden des Klägers liegt in dem Verlust seiner Beteiligung und den dafür aufgewandten Kapitalbeschaffungskosten und Zinsen, wie sie aus der Bescheinigung der Spar- und Darlehenskasse vom 30. 9. 1985 hervorgeht.

Ein Mitverschulden des Klägers liegt nicht vor.

Ein Mitverschulden könnte nur darin gesehen werden, daß der Kläger es unterlassen hat, sowohl selbst als auch durch den Zeugen M. nähere Einzelheiten zu erfragen.

Darin liegt aber kein zu berücksichtigendes Mitverschulden im Sinne des § 254 BGB. Denn es war Sache des Beklagten als in Anspruch genommenen Fachmannes, die Auskunft auch ohne detaillierte Fragestellung vollständig und nach bestem Wissen richtig zu erteilen und weder durch positives Verfälschen noch durch Weglassen ein falsches Bild darzustellen. Bei einer solchen Sachlage kommt ein Mitverschulden grundsätzlich nicht in Betracht.

Haftung des Steuerberaters

- Vertrag mit Schutzwirkung zugunsten Dritter
- Auftrag zur Erstellung des Jahresabschlusses
- Bilanzfälschungen des Auftraggebers
- Mitverschulden des Kreditgebers

(OLG Hamburg Schlußurt.v. 28.6.1990 – 8 U 171/84)

(vgl. Teilurt.v. 6.5.1988 – GI 1988, 206 = ZIP 1988, 155 = EWiR § 675 BGB 9/88, 1073 (Gräfe))

Leitsätze (d.Verf.):

1. Testate und Vermerke unter Jahresabschlüssen haben die Aufgabe, den Verantwortungsbereich des Steuerberaters deutlich zu machen.
2. Wird der Kredit auf der Grundlage einer überholten Bilanz – Kredit 1982, Bilanz 1980 – erteilt, liegt darin ein grob fahrlässiges Verschulden der Bank.
3. Der geschützte Dritte kann nicht mehr Rechte gegen den Steuerberater haben, als dessen unmittelbarer Vertragspartner.
4. Ein stillschweigender Auskunftsvertrag setzt voraus, daß zwischen dem Steuerberater und dem Kreditgeber eine unmittelbare „Fühlungnahme“ stattgefunden hat.

Zum Sachverhalt:

Die vom Steuerberater gefertigten Jahresabschlüsse enthielten folgenden Vermerk:

„Dieser Jahresabschluß wurde von mir aufgrund der Buchführung der Gesellschaft, der mit zur Verfügung gestellten Unterlagen und erteilten Auskünfte unter Beachtung der gesetzlichen und gesellschaftsrechtlichen Bestimmungen erstellt. Die Buchführung und die einzelnen Wertansätze habe ich pflichtgemäß geprüft mit der Einschränkung, daß sich die Prüfung des umfangreichen Warenbestandes auf Stichproben beschränkte. Einzelheiten ergeben sich aus den Bilanz-erläuterungen.“

In den Erläuterungen der Bilanz hieß es jeweils:

„Dem Gesamtwert der Vorräte liegt die sehr umfangreiche Inventur der Gesellschaft auf den 31. Dezember... zugrunde, an der ich bezüglich der festgestellten Mengen nicht mitgewirkt habe. Der Warenbestand enthält

- a) verzollte Waren und unverzollte Waren (Rohware)
- b) abfüllfertige Ware
- c) bereits abgefüllte Ware (Fertigware)
- d) sonstige Warenbestände
- e) Verpackungsmaterialien und Etiketten (Gläser, Eimer, Deckel und Kartonagen) und
- f) Hilfs- und Betriebsstoffe verschiedenster Art.

In Anbetracht der Vielzahl der Einzelwerte konnte die Bewertung der Waren und Hilfs- und Betriebsstoffe nur in einzelnen Stichproben geprüft werden.“

Die Bank des Mandanten macht Schadenersatzansprüche wegen der angeblich durch unrichtige Testate bewirkten Kreditaufstockung geltend.

Aus den Gründen:

I.

II. Der gegen den Beklagten aus abgetretenem Recht erhobene Schadenersatzanspruch ist weder aus einer Verletzung des den Schutzbereich der Bank berührenden Vertrages zwischen der Dr. KG und dem Beklagten herzuleiten (1.), noch läßt er sich damit begründen, daß der Beklagte etwa einen mit der Bank geschlossenen Auskunftsvertrag verletzt (2.) oder ihr in einer gegen die guten Sitten verstoßenden Weise vorsätzlich Schaden zugefügt hat (3.).

1. Vertragliche Ansprüche aufgrund des zwischen der Dr. KG und dem Beklagten bestehenden Steuerberatervertrages hat die Bank nicht.

- a) **Die Frage, ob und inwieweit ein Dritter in den Schutzbereich eines mit einem Steuerberater abgeschlossenen, auf Erstellung eines Jahresabschlusses gerichteten Vertrages einzubeziehen ist, hat der Bundesgerichtshof nicht stets in gleicher Weise beantwortet.** In einer Reihe von Entscheidungen (BGHZ 51, 91, Seite 96; BGHZ 56, 269, Seite 273; BGHZ 66, 51, Seite 57; in NJW 1970, 38, Seite 40; NJW 1971, 1931) hat er darauf abgestellt, ob Wohl und Wehe des Dritten dem Vertragspartner des Schutzpflichtigen anvertraut waren, in seinem Ur. v. 26.11.1986 (in GI 1987, 27 = NJW 1987, 1758) dann aber zum

Ausdruck gebracht, damit habe er lediglich die Frage entscheiden wollen, unter welchen Voraussetzungen allein aufgrund der objektiven Interessenlage die stillschweigende Vereinbarung einer Schutzpflicht für Dritte anzunehmen sei, und ausgeführt, den Vertragspartnern sei unbenommen, eine Schutzpflicht auch zugunsten solcher Personen zu begründen, die nicht ihrer Fürsorge anvertraut seien. Inwieweit ein solcher rechtsgeschäftlicher Wille vorhanden sei, habe der Tatrichter nach allgemeinen Auslegungsregeln zu ermitteln. In seinem Urt. v. 18.2.1987 (GI 1988, 76) hat er sodann ausgeführt, der Steuerberater nehme keine neutrale Stellung zwischen seinem Auftraggeber und dessen Gläubigern ein, sondern stehe auf der Seite seines Auftraggebers und habe aufgrund des mit diesem geschlossenen Vertrages dessen Interessen im Rahmen des gesetzlich Zulässigen wahrzunehmen. Ihn allgemein (auch) den gegenläufigen Interessen der Gläubiger seines Auftraggebers zu verpflichten, liege nicht in dessen Sinn. Andererseits hat der Bundesgerichtshof in jüngster Zeit (Urt.v. 18.10.1988 in GI 1989, 95 = NJW-RR 1989, 696) unter Hinweis auf verschiedene frühere Urteile die Auffassung vertreten, eine Einbeziehung in den Schutzbereich des mit einem Steuerberater abgeschlossenen Vertrages könne nicht deshalb verneint werden, weil die Interessen des Kreditgebers und die des Kreditnehmers hinsichtlich der zutreffenden Darlegung der Kreditwürdigkeit des letzteren gegenläufig seien, und in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen, daß Personen, die über eine besondere, vom Staat anerkannte Sachkunde verfügten (wie z. B. Steuerberater), in die Lage kommen könnten, bei der Begutachtung Sorgfaltspflichten gegenüber mehreren Personen mit unterschiedlicher Interessenrichtung beachten zu müssen.

Dieser Umstand spreche nicht gegen die Einbeziehung des Dritten in den Schutzbereich des Vertrages. Mithin lägen Anhaltspunkte dafür vor, daß der Kreditgeber in den Schutzbereich des mit dem Steuerberater abgeschlossenen Vertrages habe einbezogen werden sollen. Entsprechendes gilt auch für den vorliegenden Fall. Demzufolge geht auch der Senat mit der neuesten Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs davon aus, **daß die Bank in den Schutzbereich des zwischen der Dr. KG und dem Beklagten geschlossenen Vertrages fällt.** Daraus jedoch ist im Ergebnis für den Kläger nichts Gewichtiges herzuleiten.

- b) Wie im Teilurteil vom 6.5.1988 (GI 1988, 206), auf welches insoweit verwiesen wird, im einzelnen ausgeführt worden ist, läßt sich ein objektiver Pflichtenverstoß des Beklagten bei der Zusammenstellung des Zahlenwerks in den Jahresabschlüssen nicht feststellen. Der Senat hat seinerzeit offengelassen, welche Bedeutung den Vermerken, die der

Beklagte den von ihm gefertigten Abschlüssen beigelegt hat, in Verbindung mit den Bilanzerläuterungen und schriftlichen Berichten beizumessen sei. Bezüglich der Firma Dr. KG, um deren Abschlüsse es nunmehr allein geht, sind die gegen ihre Richtigkeit erhobenen Einwände unbegründet.

Nach dem ihm erteilten Auftrag war der Beklagte nicht verpflichtet, bezüglich des Warenlagers Stichproben durchzuführen. Soweit der Kläger jedoch meint, der Beklagte habe durch seine Vermerke unter den Abschlüssen der Wahrheit zuwider zum Ausdruck gebracht, die Warenvorräte der Dr. KG zumindest stichprobenweise geprüft zu haben, ist ihm nicht zu folgen, wobei die Frage, ob auf diese Vermerke der vom Kläger verwendete Ausdruck Testat zutrifft, offenbleiben kann. **Im Hinblick auf die Bedeutung, welche die unter eine Bilanz gesetzte Versicherung eines Steuerberaters hat, pflegen die beteiligten Wirtschaftskreise genau auf deren Wortlaut zu achten; denn derartige Erklärungen haben den Zweck, dem Auftraggeber sowie dem Dritten den Inhalt, den Umfang und das Ergebnis der Prüfung durch den Steuerberater aufzuzeigen.** Nur soweit dieser nach Wortlaut und Sinn seiner Erklärung die Verantwortung für die Richtigkeit der testierten Aufstellung übernimmt, reicht seine Haftung (BGH Urt.v. 18.10.1988 in GI 1989, 95 = NJW-RR 1989, 696, Seite 697). Mithin darf der Halbsatz „daß sich die Prüfung des umfangreichen Warenbestandes auf Stichproben beschränkte“ nicht isoliert betrachtet werden; denn für jeden, der sich mit den Abschlüssen eingehend befaßte, war klar ersichtlich, daß sich die Prüfung des Beklagten allein auf die **Wertansätze** bezog. Einmal ist in den Bilanzerläuterungen ausdrücklich gesagt, „dem Gesamtwert der Vorräte liegt die sehr umfangreiche Inventur der Gesellschaft auf den 31. Dezember... zugrunde, an der ich bezüglich der festgestellten Mengen nicht mitgewirkt habe...“ Zum anderen und vor allem heißt es in den Bilanzerläuterungen der Jahre 1979 und 1980 „in Anbetracht der Vielzahl der Einzelwerte konnte die **Bewertung** der Waren und Hilfs- und Betriebsstoffe nur in einzelnen Stichproben geprüft werden“. Eines Eingehens auf den Jahresabschluß 1981 bedarf es nicht, da er erst am 25.8.1982 erstellt wurde und sich somit auf die Anfang 1982 erfolgte Krediterhöhung nicht mehr auswirken konnte.

Bei der Art der hier gewählten Formulierung konnte und durfte deshalb kein verantwortungsbewußter Leser der Jahresabschlüsse davon ausgehen, der Beklagte habe den Warenbestand selbst geprüft. Es kommt hinzu, daß lediglich von Stichproben – überdies auch nur bezüglich der **Bewertung** – die Rede ist, die allein niemals die Grundlage für eine Kreditgewährung hätten bilden dürfen, zeigen doch die von der Bank selbst vorgenommenen Stichproben, daß sie nicht geeignet waren, vorhandene Fehlbestände aufzudecken.

- c) Läßt sich sonach bereits ein pflichtwidriges Verhalten des Beklagten nichtfeststellen, fehlt es darüber hinaus an einer schlüssigen Darlegung, daß die von ihm erstellten Abschlüsse für die Kreditgewährung der Bank kausal waren. Der Kläger hat nicht plausibel darzutun vermocht, daß für den Zeitpunkt Herbst 1980 aufgrund der Bilanz per 31.12.1979 für die Bank Veranlassung bestanden haben könnte, selbst eine Überprüfung durch einen von ihr beauftragten Wirtschaftsprüfer oder Steuerberater vornehmen zu lassen; denn gerade zu diesem Zeitpunkt, nachdem die Bank den Abschluß per 31.12.1979 im Herbst 1980 erhalten hatte, verringerten sich ihre Forderungen gegen die Dr. KG auf 725.686,79 DM. Aufgrund welcher Unterlagen sie in der Folgezeit ihren Kredit stark erhöhte, ist nicht ersichtlich.

Für die Kreditbewilligung im Jahre 1982 gilt folgendes: Nach der Darstellung des Klägers bewilligte die Bank auf einen Anfang 1982 gestellten Antrag die Erhöhung der Kreditlinie von 2 auf 4 Mio., wobei für ihre Entscheidung „das aus der Bilanz per 31.12.1980 ersichtliche Warenlager in Höhe von 11,5 Mio. DM ursächlich“ gewesen sein soll. Im Zusammenhang mit dieser Kreditaufstockung habe der Zeuge R. „wiederholt mit dem Beklagten telefoniert und ergänzende Fragen zur Bilanz per 31.12.1980 und der wirtschaftlichen Entwicklung der Gemeinschaftschuldnerinnen Dr. KG und im Jahre 1981 – die Bilanz lag bei diesen Gesprächen noch nicht vor – gestellt. Der Beklagte hat diese Fragen bereitwillig beantwortet.“ Diese Behauptung hat er dahin ergänzt, „Bei der Krediterhöhung Anfang 1982 sind von der Bank selbstverständlich aktuelle Zahlen verlangt und ihr von dem Zeugen T. auch genannt worden. Dabei ging man jedoch von den Daten und Angaben der letzten vorliegenden Bilanz aus. Beweis: 1. Zeugnis des Herrn T., 2. Zeugnis des Herrn R., b. b.“

Der Kläger läßt bei seiner Betrachtungsweise unberücksichtigt, daß **dem ausgewiesenen Bestand von Vorräten von 11,5 Mio. DM kurzfristige Verbindlichkeiten in Höhe von 13,1 Mio. DM gegenüberstanden. Mithin ist nicht ersichtlich, inwieweit der Warenbestand eine hinlängliche Sicherheit für zu gewährende Kredite hätte bilden können.** Überdies enthält der Vortrag des Klägers diesbezüglich weder Zahlen- noch Datenmaterial, und es fehlt auch an jeglichen Angaben darüber, unter welchen Umständen die erwähnten – vom Beklagten in der mündlichen Verhandlung vom 23.5.1990 noch einmal ausdrücklich bestrittenen – Gespräche stattgefunden haben sollen, so daß für die Durchführung einer Beweisaufnahme bereits mangels hinreichender Substantiierung kein Raum wäre. Sollte sich die Bank indes bei ihrer Kreditgewährung tatsächlich auf **die vom Beklagten** erstellten Jahres-

abschlüsse gestützt haben – so bei dem Anfang 1982 bewilligten Kredit auf die zeitlich längst überholte und damit wirtschaftlich nicht mehr aussagekräftige Bilanz per 31.12.1980 –, läge hierin eine so grobe Fahrlässigkeit, daß demgegenüber das – etwa doch als pflichtwidrig anzusehende – Verhalten des Beklagten nicht ins Gewicht fallen würde (§ 254 Abs. 1 BGB).

- d) Schließlich wird eine Haftung des Beklagten im Hinblick auf die Handlungsweise durch § 254 BGB ausgeschlossen. Die insoweit im Teilurteil des Senats angeführten Gründe gelten auch hinsichtlich des Schadenersatzanspruches der Bank; denn nach allgemeiner Auffassung kann dem Schadenersatzanspruch des Dritten, der in den Schutz eines Vertrages einbezogen ist, entgegengehalten werden, daß bei der Entstehung des Schadens ein Verschulden des Vertragspartners mitgewirkt hat. **Wie bei jedem Vertrag zugunsten eines Dritten leitet auch hier der geschützte Dritte seine Rechte gegen den Schädiger nur aus den Vertragsbeziehungen der unmittelbaren Vertragspartner her, und daher kann ihm – auch unter Berücksichtigung des Rechtsgedankens des § 334 BGB, wonach Einwendungen aus dem Vertrag dem Versprechenden auch gegenüber dem Dritten zustehen – kein Mehr an Rechten erwachsen als dem unmittelbaren Vertragspartner des Schädigers** (BGH in stRspr, vgl. BGHZ 33, 247, Seite 250; NJW 1965, 1757, Seite 1759; NJW 1975, 867, Seite 869; Staudinger, 12. Aufl., Rnr. 81 in Vorbem. v. § 328 BGB; Soergel, 11. Aufl., Rnr. 23 i Anh. z. § 328 BGB; MüKo, 2. Aufl., Rnr. 79 zu § 328 BGB; Palandt, 49. Aufl., Anm. 3 a zu § 328 BGB).
2. Die Verletzung eines **Auskunftsvertrages** durch den Beklagten kommt gleichfalls nicht in Betracht. Weder haben er und die Bank ausdrücklich einen derartigen Vertrag geschlossen, noch ist zwischen ihnen ein solcher durch schlüssiges Handeln zustande gekommen. **Voraussetzung hierfür wäre eine unmittelbare Fühlungnahme gewesen** (BGH in NJW 1973, 321, Seite 323), doch hat es an einer solchen unstreitig gefehlt. Der Umstand, daß er die vom Beklagten erstellten – eine Auskunft über den wirtschaftlichen Wert der Dr. KG darstellenden – Jahresabschlüsse an die Bank weitergereicht hat, begründet keine vertraglichen Beziehungen zwischen ihr und dem Beklagten. Selbst dann, wenn der Steuerberater weiß, daß die von ihm angefertigten Bilanzen, z. B. mit Rücksicht auf § 18 KWG, einer Bank vorgelegt und zur Grundlage wesentlicher Kreditentschlüsse gemacht werden sollen, kommt nach der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs mangels unmittelbarer Berührungspunkte zwischen Steuerberater und Bank

kein Auskunftsvertrag zustande (BGH in NJW 1973, 321, Seite 323). Auf einen solchen hat sich auch der Kläger mit Recht nicht berufen.

3. Auch in **§ 826 BGB** findet der geltend gemachte Schadenersatzanspruch keine Stütze.
 - a) Wie bereits im Teilurteil vom 6. 5. 1988 ausgeführt worden ist, hat der Kläger keinerlei Tatsachen vorgetragen, daß der Beklagte etwa gemeinsame Sache gemacht hätte, noch bestehen insofern irgendwelche Anhaltspunkte. In der Rechtsprechung ist zwar **anerkannt, daß auch leichtfertiges und gewissenloses Handeln einen Sittenverstoß darstellen kann** (BGH Urt.v. 17. 9. 1985 in WM 1985, 1531, Seite 1532), doch hängt die Beantwortung der Frage, ob der Beklagte bei der Erstellung der Jahresabschlüsse einschließlich der beigefügten Vermerke leichtfertig gehandelt und einen Dritten vorsätzlich geschädigt hat, weiter davon ab, ob und in welchen Punkten sie objektiv falsch gewesen sind (BGH Urt.v. 26. 11. 1986 in GI 1987, 27 = EWIR § 826 BGB 2/87, 591 [Gräfe] = NJW 1987, 1758). Hierzu ist unter 1. b) bereits dargelegt worden, daß ihr Inhalt bei einem objektiven und gewissenhaften Betrachter keinen Zweifel darüber aufkommen lassen konnte, daß der Verfasser selbst eine Prüfung der Vorräte nicht vorgenommen hatte. Selbst wenn der Beklagte sich bei der Erstellung der Abschlüsse vorgestellt haben sollte, sie könnten bei Kreditverhandlungen mit einem Geldgeber verwendet werden, so kann ihm dieses im Hinblick auf die Art und Weise der von ihm gewählten Formulierung doch nicht zum Nachteil gereichen; denn ihm kann nicht vorgeworfen werden, die ihm als Steuerberater obliegende Sorgfaltspflicht in besonders schwerem Maße verletzt und das in seinen Berufsstand gesetzte Vertrauen durch ein leichtfertiges und gewissenloses Handeln enttäuscht zu haben (vgl. Gräfe/Suhr, Die Haftung des Steuerberaters, 1978, Seite 60), zumal er nach der seinerzeit geltenden Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs davon ausgehen konnte, daß er es vertrags- und haftungsrechtlich nur mit seinem Auftraggeber zu tun hatte (vgl. Hopt in NJW 1987, 1745).
 - b) Im übrigen gilt auch für den Anspruch aus § 826 BGB, daß eine Kausalität der vom Beklagten bei der Erstellung der Bilanzen entfalteten Tätigkeit für den bei der Bank eingetretenen Schaden nicht dargetan ist (s. oben unter 1. c).
 - c) Bei dieser Sachlage bedarf es keines Eingehens mehr darauf, ob in gleicher Weise wie beim vertraglichen Anspruch einer Haftung

des Beklagten § 254 BGB entgegensteht (s. oben unter 1 d). Nach einer in der Literatur vertretenen Meinung strahlt das mitwirkende Verschulden des Gläubigers auch auf die konkurrierenden Ansprüche des Dritten wegen unerlaubter Handlung aus; denn insoweit sei die deliktische an die vertragsrechtliche Haftung anzupassen (Soergel, 11. Aufl., rnr. 25 i. Anh. z. § 328 BGB; Palandt, 49. Aufl., Anm. 3 a zu § 328 BGB).

.....

Haftung des Steuerberaters

- Verjährung des Schadenersatzanspruches
 - Sekundärer Schadenersatzanspruch
- (BGH Urt.v. 25. 9.1990 – XI ZR 126/89)

Leitsätze:

1. Der sogenannte „sekundäre“ Schadenersatzanspruch gegen einen Steuerberater entsteht mit der Vollendung der Verjährung des Primäranspruchs; in diesem Zeitpunkt beginnt die Verjährung des Sekundäranspruchs (im Anschluß an BGHZ 94, 380, 391 = GI 32/85).
2. Ein Anspruch wegen Unterbleibens eines Hinweises auf den Sekundäranspruch und dessen Verjährung besteht nicht (im Anschluß an BGHZ 94, 380, 391 = GI 32/85).

Leitsatz (d.Verf.):

Die Durchführung des Rechtsmittelverfahrens führt nicht zur Hemmung der Verjährung des Schadenersatzanspruches wegen eines fehlerhaften steuerlichen Rates entsprechend § 639 Abs. 2 BGB. Der Beratungsfehler kann im FG-Prozeß nicht beseitigt werden.

Tatbestand:

Der Kläger nimmt den beklagten Steuerberater auf Schadenersatz wegen fehlerhafter steuerlicher Beratung und wegen Versäumung der Revisionsfrist in einem finanzgerichtlichen Verfahren in Anspruch. Dem liegt folgender Sachverhalt zugrunde:

Der Beklagte beriet den Kläger und seine Familie sowie die E. H. GmbH & Co. KG, an der der Kläger maßgeblich beteiligt war, in steuerlichen Angelegenheiten. In der Gesellschaft hatte der Kläger als Geschäftsführer in

Abstimmung mit dem Beklagten zum 31.12.1976 eine aus einem Grundstücksverkauf im Herbst 1976 stammende Rücklage nach § 6 b EStG in Höhe von 1.375.234 DM gebildet. Im November 1978 begann die Gesellschaft mit dem Bau eines Hochregallagers, das im August 1979 bezogen wurde. Sie wandte für die Lagerhalle 622.964,97 DM, für die fahrbare Regalanlage 283.240 DM und für zwei vollautomatische Überladebrücken 11.132 DM auf. In der Bilanz der Gesellschaft zum 31.12.1979 verrechnete der Kläger im Einvernehmen mit dem Beklagten die Gesamtkosten von 917.336,97 DM mit der noch verbliebenen Rücklage von 948.914 DM.

Ende 1980 wurde das Unternehmen veräußert. In dem Übertragungsvertrag wurde vereinbart, daß bis zum 30.9.1980 angefallene Steuern zu Lasten des Veräußerers und danach anfallende Steuern zu Lasten des Erwerbers gehen sollten.

Bei einer Betriebsprüfung in den Jahren 1981/1982 weigerte sich das Finanzamt, die Verrechnung der Kosten der Regalanlage und der Überladebrücken mit der Rücklage nach § 6 b EStG anzuerkennen und löste den Restbetrag der Rücklage von 294.372 DM für das Jahr 1979 gewinnerhöhend auf. Das Finanzgericht K. wies die Klage der E. H. GmbH & Co. KG gegen die entsprechend neu vorgenommene Gewinnfeststellung des Finanzamts ab und ließ wegen grundsätzlicher Bedeutung der Rechtssache die Revision zu. Die vom Beklagten eingelegte Revision wurde vom Bundesfinanzhof wegen Verspätung als unzulässig verworfen.

Der Kläger macht den Beklagten für die steuerlichen Nachteile verantwortlich, die ihm durch die Auflösung des Restbetrags der Rücklage entstanden sind. Er vertritt die Ansicht, der Beklagte habe den Schaden sowohl durch fehlerhafte steuerliche Beratung im Zusammenhang mit der Verwendung der Rücklage nach § 6 b EStG als auch durch die Versäumung der Revisionsfrist verursacht.

Der Beklagte ist dem Schadenersatzanspruch des Klägers entgegengetreten und hat unter anderem die Einrede der Verjährung erhoben.

Der Kläger hat mit der am 8.4.1988 eingereichten Klage beantragt, den Beklagten zur Zahlung von 198.420 DM nebst Zinsen zu verurteilen. Das Landgericht hat die Klage abgewiesen. Dagegen hat der Kläger Berufung eingelegt mit dem Antrag, den Beklagten zur Zahlung von 92.988 DM zu verurteilen. Das Berufungsgericht hat die Klage für dem Grunde nach gerechtfertigt erklärt und den Rechtsstreit wegen der Höhe an das Landgericht zurückverwiesen. Mit der Revision erstrebt der Beklagte die Wiederherstellung des landgerichtlichen Urteils.

Aus den Gründen:

Die Revision führt zur Aufhebung des angefochtenen Urteils und zur Wiederherstellung der klageabweisenden Entscheidung des Landgerichts. Der Kläger kann von dem Beklagten weder wegen fehlerhafter steuerlicher Beratung noch wegen der Versäumung der finanzgerichtlichen Revisionsfrist Schadenersatz verlangen.

I. Einem Schadenersatzanspruch des Klägers wegen fehlerhafter steuerlicher Beratung steht die vom Beklagten geltend gemachte Einrede der Verjährung entgegen.

1. Das Berufungsgericht hat zur Frage der Verjährung ausgeführt, es könne dahinstehen, ob die dreijährige Verjährungsfrist des § 68 StBerG verstrichen sei; der Beklagte könne sich auf die Einrede der Verjährung jedenfalls nicht berufen, weil er es versäumt habe, den Kläger auf etwaige Regreßansprüche und insbesondere auf die dafür geltende Verjährungsfrist hinzuweisen.

2. Diese Ausführungen halten der revisionsrechtlichen Prüfung nicht stand.

a) Das Berufungsgericht ist allerdings zu Recht davon ausgegangen, daß der Beklagte Anlaß hatte, den Kläger auf etwaige Regreßansprüche sowie die dafür geltende Verjährungsfrist hinzuweisen, und daß er sich durch die Unterlassung dieses Hinweises erneut schadenersatzpflichtig gemacht hat (vgl. BGH GI 8/82 = BGHZ 83, 17, 22 ff. = ZIP 1982, 451 m. Anm. Gräfe; BGH GI 1986, 27 = BGHZ 96, 290, 298 = EWiR § 68 StBerG 1/86, 297 [Gräfe]). Dadurch entstand ein sekundärer Schadenersatzanspruch des Klägers gegen den Beklagten, der – solange er seinerseits nicht verjährt war – den Beklagten hinderte, sich auf die Verjährung des primären Schadenersatzanspruchs zu berufen.

b) Das Berufungsgericht hat jedoch übersehen, daß auch der **sekundäre Schadenersatzanspruch** bereits verjährt ist.

Dieser Anspruch **entstand im Augenblick der Verjährung des primären Schadenersatzanspruchs** (vgl. für den Sekundäranspruch gegen Rechtsanwälte BGH GI 32/85 = BGHZ 94, 380, 390) und unterlag seinerseits der Verjährungsfrist des § 68 StBerG. Er war daher sechs Jahre nach dem Beginn der Verjährung des primären Schadenersatzanspruchs verjährt. Dessen Verjährung begann mit der Schlußbesprechung über das Ergebnis der steuerlichen Betriebsprüfung. Diese Schlußbesprechung hat, was in der Revisionsinstanz nicht mehr streitig war, am 7.1.1982 stattgefunden. Am

8.4.1988, dem Tag des Eingangs der Klageschrift beim Landgericht, war daher auch der sekundäre Schadenersatzanspruch des Klägers verjährt.

c) **Eine Pflicht des Beklagten zum Hinweis auf die Sekundärhaftung und deren Verjährung bestand nicht** (vgl. für die Sekundärhaftung der Rechtsanwälte BGH GI 32/85 = BGHZ 94, 380, 391; für die der Steuerberater Gräfe in Gräfe/Lenzen/Rainer, Steuerberaterhaftung, 2. Aufl. 1988, Rdn. 932), so daß ein weiterer Schadenersatzanspruch des Klägers nicht in Betracht kommt.

d) In besonders gelagerten Ausnahmefällen kann allerdings die Verjährung der Regreßhaftung auch nach Ablauf der Verjährung des Sekundäranspruchs nicht zu berücksichtigen sein, wenn es dem Verpflichteten gemäß § 242 BGB verwehrt ist, sich auf sie zu berufen (GI 19/85 = BGHZ 94, 380, 391 f.; BGH Ur. v. 26. 2. 1985 – VI ZR 144/83, GI 19/85 = WM 1985, 1038, 1041). Ein solcher Fall liegt hier jedoch nicht vor. Der Umstand, daß der Beklagte bis in das Jahr 1987 im Auftrag des Klägers die finanzgerichtliche Überprüfung der gewinnerhöhenden Auflösung der Rücklage betrieben hat, rechtfertigt es für sich allein nicht, ihm die Berufung auf den Eintritt der Verjährung zu verwehren.

Dieser Umstand kann es auch nicht rechtfertigen, in entsprechender Anwendung des § 639 Abs. 2 BGB von einer **Hemmung der Verjährung bis zum Abschluß des finanzgerichtlichen Verfahrens** auszugehen. Der Fehler des Beklagten bestand darin, dem Kläger in einer bestimmten Situation den damals erforderlichen steuerlichen Rat nicht erteilt zu haben. Eine Beseitigung dieses Fehlers war später nicht möglich; in dem finanzgerichtlichen Verfahren ging es darum, einen Standpunkt durchzusetzen, der, wenn er berechtigt gewesen wäre, entweder die Beratungstätigkeit des Beklagten als von Anfang an nicht fehlerhaft erscheinen lassen oder zumindest die negativen Folgen der Falschberatung abwenden konnte.

- II. 1. Das Berufungsgericht hat, von seinem Standpunkt aus folgerichtig, offengelassen, ob auch die schuldhafte Versäumung der finanzgerichtlichen Revisionsfrist für den Steuerschaden des Klägers ursächlich war. Auf diese Frage kommt es nunmehr an, weil der Schadenersatzanspruch des Klägers wegen der Verjährung nicht mehr auf steuerliche Fehlberatung gestützt werden kann und weil dem Beklagten die Fristversäumung erst im Jahre 1987 und damit in unverjährter Zeit unterlaufen ist. Sie ist zu verneinen; die vom Beklagten verspätet eingelegte Revision hatte in der Sache keine Aussicht auf Erfolg.

2. In dem finanzgerichtlichen Verfahren hatte die E. H. GmbH & Co. KG beantragt, einen Teilbetrag der Rücklage nach § 6 b EStG in Höhe von 294.372 DM und – im Rahmen einer Bilanzänderung – einen weiteren Teilbetrag von 31.577,03 DM erst zum 30. 9. 1980 aufzulösen und hilfsweise den Antrag gestellt, den Betrag von 294.372 DM für das Jahr 1979 von den Anschaffungs- und Herstellungskosten des Fahrregals und der Überladebrücken abzuziehen. Sämtliche Anträge hat das Finanzgericht K. mit Recht abgewiesen.

a) Die Abweisung der Hauptanträge hat das Finanzgericht damit begründet, daß die begehrte Fortführung der Rücklage bis zum Ablauf des vierten Wirtschaftsjahres nach ihrer Bildung gemäß § 6 b Abs. 3 Satz 5 EStG nicht zulässig gewesen sei, weil die Möglichkeit einer von dieser Vorschrift begünstigten Verwendung der strittigen Teilbeträge nicht mehr bestanden habe. Diese Begründung erweist sich als zutreffend.

Nach § 6 b Abs. 3 Satz 5 EStG in der bis zum 31. 12. 1989 geltenden Fassung ist eine Rücklage, die am Ende des zweiten auf ihre Bildung folgenden Wirtschaftsjahres noch vorhanden ist, zu diesem Zeitpunkt gewinnerhöhend aufzulösen, soweit nicht ein Abzug von den Herstellungskosten von Gebäuden oder Schiffen in Betracht kommt, mit deren Herstellung vor diesem Zeitpunkt begonnen worden ist. Aus dem Wortlaut sowie aus dem Sinn und Zweck dieser Vorschrift folgt, daß eine Fortführung der Rücklage über das zweite Wirtschaftsjahr nach ihrer Bildung hinaus nur insoweit zulässig ist, als die objektive Möglichkeit einer von der Vorschrift begünstigten Verwendung besteht (Hellwig DStR 1968, 363, 364; Bordewin in Hartmann/Böttcher/Nissen/Bordewin, EStG, EL 108, Juni 1989, § 6 b Rdn. 139). Daraus ergibt sich zum einen, daß eine Fortführung der Rücklage dann unzulässig ist, wenn bis zum Ablauf des zweiten Wirtschaftsjahres nach ihrer Bildung noch nicht mit der Herstellung eines Gebäudes oder Schiffes begonnen wurde. Daraus folgt ferner, daß auch dann, wenn rechtzeitig mit der Herstellung eines Gebäudes oder Schiffes begonnen wurde, die Rücklage nicht ohne weiteres in vollem Umfang, sondern stets nur in Höhe der voraussichtlichen Herstellungskosten fortgeführt werden darf (Littmann, Das Einkommensteuerrecht, 13. Aufl., § 6 b Rdn. 80, 81; Paüs, Finanz-Rundschau 1984, 249, 251; a. M. Herrmann/Heuer/Raupach, EStG und KStG, § 6 b Rdn. 253; Hartmann/Böttcher/Grass, EStG, EL 25, Juni 1968, § 6 b Anm. 7; el., DB 1967, 2008; a. M. mit einer Einschränkung für den Fall eines erheblichen Mißverhältnisses von Herstellungskosten und Rücklage Hellwig aaO S. 336 f.; Meincke in Littmann/Bitz/Meincke,

Das Einkommensteuerrecht, 14. Aufl., § 6 b Rdn. 123). Da die Fortführung der Rücklage kein Selbstzweck, sondern nur insoweit berechtigt ist, als noch ein Abzug von den Herstellungskosten von Gebäuden oder Schiffen in Betracht kommt, muß auch eine zunächst mit Recht fortgeführte Rücklage bereits zum Ende des dritten Wirtschaftsjahres nach ihrer Bildung aufgelöst werden, wenn zu diesem Zeitpunkt – etwa infolge Fertigstellung des Gebäudes oder Schiffes – feststeht, daß künftig keine verrechenbaren Herstellungskosten mehr entstehen (Littmann aaO Rdn. 82; Richter/Winter, Gewinnübertragungen nach §§ 6 b, 6 c EStG, 2. Aufl., Rdn. 160; Richter, Die steuerliche Betriebsprüfung, 1973, 103, 104; a. M. Meincke aaO Rdn. 124; Herrmann/Heuer/Raupach aaO; el., DB 1967, 2008).

Im vorliegenden Fall war die Rücklage nach § 6 b EStG im Geschäftsjahr 1976 gebildet worden. Da das Hochregallager im Jahre 1979 fertiggestellt wurde und vor dem Ende des Jahres 1978 nicht mit der Herstellung weiterer Gebäude oder Schiffe begonnen worden war, war eine Fortführung der Rücklage über den 31.12.1979 hinaus nicht zulässig.

- b) Den Hilfsantrag der E. H. GmbH & Co. KG hat das Finanzgericht K. mit der Begründung abgewiesen, von der Rücklage könne kein Teilbetrag von den Anschaffungs- und Herstellungskosten des Fahrregals und der Überladebrücken abgezogen werden, weil diese Wirtschaftsgüter erst im dritten Jahr nach Bildung der Rücklage angeschafft und hergestellt worden und nicht als Teil des Lagergebäudes, sondern als Betriebsvorrichtungen im Sinne des § 68 Abs. 2 Nr. 2 des Bewertungsgesetzes anzusehen seien. Auch in diesem Punkt entsprach das finanzgerichtliche Urteil der Sach- und Rechtslage.

Da das Fahrregal und die Überladebrücken erst im Jahre 1979 und damit nach Ablauf der Zweijahresfrist des § 6 b Abs. 3 Satz 2 EStG in der damals geltenden Fassung angeschafft worden waren, hätten ihre Anschaffungs- und Herstellungskosten nur dann nach § 6 b Abs. 3 Satz 3 EStG noch mit der Rücklage verrechnet werden können, wenn diese Gegenstände als Teil des Lagergebäudes im bewertungsrechtlichen Sinne anzusehen wären. Das ist indessen, wie das Finanzgericht zutreffend erkannt hat, nicht der Fall.

Nach § 68 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 des Bewertungsgesetzes sind Betriebsvorrichtungen nicht in das Grundvermögen einzubeziehen, auch wenn sie wesentliche Bestandteile sind. Als Betriebsvorrichtungen definiert die Vorschrift Maschinen und sonstige Vorrichtungen aller Art, die zu einer Betriebsanlage gehören. Zu einem Gebäude im steuerrecht-

lichen Sinn rechnen daher Bestandteile nicht, die nicht der Nutzung des Gebäudes selbst, sondern einem davon verschiedenen Zweck, nämlich unmittelbar einem in dem Gebäude ausgeübten Betrieb, dienen (BFHE III, 242, 249; Blümich/Uelner, EStG, EL 29, Juni 1989, § 6 b Rdn. 53). Nach diesen Kriterien hat das Finanzgericht K. das Fahrregal und die Überladebrücken mit Recht als Betriebsvorrichtungen und nicht als Teil des Lagergebäudes angesehen.

Stichwort- und Entscheidungsverzeichnis (Heft 1 – 12, 1990)

Abtretung		Bauherrenmodell	
– Abtretungsanzeige, neuer Vordruck	90, 112	– Miete, marktgerechte –	90, 272
Agenturgeschäft	90, 36	– Verjährung d. Schadensersatzanspruchs	90, 146, 272
Akontozahlungen		Belehrungspflicht d. StB/Wp/RA	
– Doppelerfassung	90, 143	– fehlende Belehrungsbedürftigkeit	
Allgemeine Geschäftsbedingungen		= Aufklärung d. FA	90, 53
– Verkürzung	90, 179	– Beweislast	90, 156
Allgemeine Versicherungsbedingungen		– ungefragte –	90, 160
– AGB-Gesetz, § 3 und § 5	90, 42	= Umsätze eines Kiosk- u. Imbißstandes	90, 261
– Empfehlung wirtschaftl. Geschäfte, § 4 Zf. 4 AVB	90, 42	– Bildung einer Rücklage gem. § 6 b EStG	90, 73
Anderkonto		– Ehegattenarbeitsverhältnis	90, 278
– Beschlagnahme d. Kontounterlagen	90, 94	– Ende d. –	
– des Notars	90, 51	= Beratung über Firmenumstrukturierung	90, 62
– Verfügung über Gelder	90, 51	= Verfahren zur Anrechnung italienischer Körperschaftsteuer	90, 62
Anerkennung, § 208 BGB	90, 163	– Entnahme	90, 73
Anlageberatung		– Ertragssituation	90, 280
– d. Anlagevermittlers	90, 229	– sozialversicherungsrechtliche Fragen	90, 198
– d. Mitarbeiter d. StB	90, 126	– Fristeinhaltung	90, 156
– Prüfungspflichten	90, 127	– vor Prozeßaufnahme	90, 156
– Risiken		– Schutzzweck	90, 82
= projizierte Steuervorteile	90, 127	– Unfallversicherungsschutz	90, 198
– und Steuerberatung	90, 122	– Verpachtung u. Umsatzsteueroption	
– Verjährung v. Schadensersatzansprüchen		Beschlagnahmeverbot § 97 StPO	
= Beitritt zum Bauherrenmodell	90, 146	– Anderkonto	90, 94
= Wirtschaftsberatungsfirma	90, 112	– Kontounterlagen	90, 94
Anlagevermittler		Beweislast	
– Prüfungs- u. Belehrungspflichten	90, 229	– f. rechtmäßiges Alternativverhalten	90, 273
Anlagevermittlungsvertrag		– f. Fehlberatung	90, 33
– bei Zahlung einer Vermittlungsprovision?	90, 191	– Mandantenunterlagen an Stb	90, 138
Annahmeverzug		– Rückgabe von Mandantenunterlagen	90, 37
– d. Mandanten		– Schaden	
= Vergütungsanspruch d. Stb	90, 134	= bei rechtmäßigem Alternativverhalten	90, 33
Arbeitsüberlastung		Berufsverbot	90, 32
– d. Mitarbeiters, Fristversäumnis	90, 122	Bilanzerstellung	
Auskunftsvertrag		– Verrechnungskonto, Differenzen	90, 143
– stillschweigender Abschluß		Buchführung	
= Auskunft a. Kreditgeber	90, 280	– verspätete Erstellung	90, 106
= unmittelbare „Fühlungnahme“	90, 284	Buchführungsauftrag	
= Verdienstbescheinigung	90, 40	– Datenerfassung	90, 167
		= Belehrungspflicht	

- Ordnungsmäßigkeit d. Buchführung		
= Doppelerfassung, Akontozahlungen	90, 143	
= Verrechnungskonto, Differenzen	90, 143	
Dritthaftung		
- stillschweigender Auskunftsvertrag		
= Auskunft an Kreditgeber	90, 280	
= Verdienstbescheinigung	90, 40	
- Unternehmensberater	90, 243	
- Verschulden b. Vertragsverhandlungen	90, 243	
- Vertrag mit Schutzwirkung zugunsten Dritter	90, 19	
= Auftrag zur Bilanzerstellung	90, 3	
= Bewertungsgutachten	90, 3	
= Bonitätsprüfung	90, 3	
= Darlegung f. Schaden	90, 3	
= Kreditgeber	90, 284	
= Mitwirkung b. Gesellschaftsgründung	90, 19	
= Testathaftung	90, 284	
= Übertragung von OHG-Anteilen	90, 256	
Duldungsvollmacht		
- d. Stb	90, 126	
Einnahme-/Überschuß-Rechnung		
- Mitverschulden d. Mandanten	90, 135	
- Prüfung des Geldzuflusses	90, 135	
EWIV		
- Firma	90, 242	
Feststellungsklage		
- und Leistungsklage	90, 179	
Fristenkontrolle		
- elektronische -	90, 208	
- Fristenkontrollbuch		
= Postausgangsbuch	90, 134	
= Telefax	90, 32, 208	
= Terminbuch d. Mitarbeiters	90, 247	
= Wiedervorlagefristen	90, 134	
- Fristversäumnis, unverschuldete -		
= Arbeitsüberlastung d. Mitarbeiters	90, 112	
- Rechtsmittelauftrag an Kollegen	90, 32	
- Rückfrage beim Mandanten	90, 2, 247	
- Telefax/Telebrief		
= Fristenkontrollbuch	90, 32	
= Prozeßvollmacht	90, 32	
Garantievertrag		
- Steuerberatungsvertrag	90, 126	
Herausgabeanspruch d. StB		
- von Provisionen	90, 119	
= Mehrwertsteuer	90, 122	
Honoraranspruch d. StB		
- Annahmeverzug d. Mandanten	90, 134	
- Arglistenwand	90, 83	
- Einforderbarkeit, § 9 StBGebV	90, 104, 113	
= nachträgliche Einzelangaben	90, 113	
= Gegenstandswert	90, 114	
= Hinweis auf Gebührenvorschriften	90, 113	
= Lohnabrechnung	90, 117	
= Zeitgebühr	90, 113	
- Erfüllungsort	90, 208	
- Fälligkeit, § 7 StBGebV	90, 104	
= Buchführungshonorar	90, 272	
- Gebührenrahmen, § 11 StBGebV		
= Bilanzberechtigung	90, 101	
= Mittelgebühr	90, 101, 115, 172	
- Gerichtsgutachten unbrauchbar	90, 242	
- Gerichtsstand	90, 208	
- für nicht erbrachte Leistung	90, 72	
= Pauschalgebühr, § 14 StBGebV	90, 115	
- Rückforderungsanspruch, § 812 BGB	90, 115	
- Unterzeichnung d. Rechnung	90, 72	
- Verjährung des -	90, 115, 272	
Honoraranspruch d. Wp		
- d. Mehrfachberufers	90, 72	
- Steuerberatergebührenverordnung	90, 72	
Kausalität		
- Beteiligung an Unternehmen	90, 122	
- Beweislast	90, 273	
- Fehler d. RA./- d. Notar	90, 185	
- Prospekthaftung	90, 226	
- Unterbrechung d. -	90, 209	
- Ursachenkette	90, 221	
- wirtschaftl. Vorteile		
bei steuerlichen Nachteilen	90, 73	
- Schutzzweck, Steuerrisiko	90, 82	
Kenntnis des Steuerrechts pp.		
- höchstrichterlicher Rechtsprechung	90, 233	
- intern. Rechtsregeln	90, 2	
- Zeitschriften	90, 235	
Konkursverwalter, Haftung d. -		
- Liquidationsverschleppung	90, 72	
Kostenerstattungsanspruch i. Regreßprozeß		
- USt. d. Anwaltskosten	90, 235	
Liquidator		
- Frist f. Bilanzerstellung	90, 242	
Mandantenschutzklausel		
- angestellter StB	90, 169	
Mehrfachberufser		
- Steuerberatergebührenverordnung	90, 72	
- Verjährungsvorschrift	90, 147	
Mitarbeiter d. StB, Wp, RA		
- Rechtsauskünfte d. Sekretärin	90, 275	
- Zurechnung beim StB	90, 126	
Mitverschulden		
- bei Buchführungsauftrag	90, 135	
- d. Kreditgebers	90, 284	
- Prüfung der Bilanz	90, 57	
- Prüfung der Einnahme-/Überschuß-Rechnung	90, 135	
- Prüfung d. Steuererklärung	90, 57	
- wegen Schätzungsbescheid	90, 247	
Nachbesserung		
- Recht d. StB's zur Mängelbeseitigung	90, 106	
- Verjährung d. Kostenanspruchs	90, 106	
- nach Wechsel d. StB	90, 143	
Nichtzulassungsbeschwerde		
- Begründung d. -	90, 50	
Notar		
- Anderkonto	90, 51	
= Rechtsweg f. Schadenersatzanspruch	90, 51	
- Belehrungspflichten		
= Baulastenverzeichnis	90, 200	
Personalanzeige		
- berufswidrige Werbung	90, 178	
Pferdepensionsbetrieb		
	90, 39	
Prospekthaftung		
- Bauherrenmodell	90, 221	
= Verjährung	90, 226	
- Kausalität	90, 226	
- ohne Namensnennung in Prospekt	90, 13, 221	
- d. Treuhänders	90, 13	
- Vertrauensschaden	90, 14	
Provisionsgeschäfte		
- Gebühr f. Anlageberatung	90, 15	
- Herausgabepflicht	90, 15, 119	
- Rückabwicklung d. Anlage	90, 192	
- Verjährung d. Herausgabeanspruchs	90, 119, 192	
- Zahlung an Strohmann	90, 15, 119	
Prüfungspflicht		
- ungefragte -	90, 160	
Rechtsanwalt		
- Belehrungspflicht		
= Prozeßauftrag	90, 214	
= Prozeßkostenhilfe	90, 72	

- Treueverhältnis gem. § 266 StGB	90, 87	- Veräußerungsgewinn	90, 33
- Verantwortungsbereich f. Fehler d. Gerichts	90, 209	= Gesellschaftsanteil u. Betriebsgrundstück	90, 47
- Verantwortungsbereiche f. Fristwahrung		Steuerhaftung	
= Mitwirkung eines Anwalts	90, 32, 50	- d. RA f. Erbschaftsteuer	90, 208
- Verkehrs-/Prozeßanwalt	90, 32, 50, 209	Steuerhinterziehung	
= unsachgemäße Weisung d. Mandanten	90, 214	- Berufspflichtverletzung	90, 2
Rechtsbeistand		- unvollständige Rechnung, § 14 I UStG	90, 2
- Geschäftsführer einer GmbH	90, 242	- Steuererklärung des StB	90, 2
Rechtsberatung		- Zulassung zum WP-Examen	90, 242
- d. StB		Telefax/Telebrief	
= sozialversicherungsrechtliche Fragen	90, 198	- Fristenkontrollbuch	90, 32, 208
- d. Wp	90, 18	- Übersendung der Prozeßvollmacht	90, 32
= Ausarbeitung eines Gesellschaftsvertrages	90, 18	Testat	
Schaden		- Verantwortungsbereich	90, 284
- Anwaltskosten	90, 235	Treuhänder	
= Umsatzsteuer d. -		- Mehrwertsteueroption	90, 8
- bei Entnahme	90, 73	- Mietgarantie, marktgerecht -	90, 272
- Prozeßverlust	90, 19	- Prospektangaben, zugesicherte Eigenschaften	90, 8
- unvermeidbare Steuerzahlung	90, 53	- Prüfung bautechnischer Fragen	90, 179
- vermeidbare Steuerbelastung	90, 135	- Prüfung planerischer Fragen	90, 179
- Steuervorteile	90, 231	- Prüfung von Nutzungsbeschränkungen	90, 179
Schätzung (§ 162 AO)		- Schadenersatz, negatives Interesse	90, 14
- Schaden		- Überwachung Dritter	90, 28
= Darlegungs- und Beweislast zum -	90, 129	= Gestaltung d. Zwischen- und Endmietverhältnisses	90, 28
Sequester		- Verjährung von Regreßansprüchen	90, 179
- Haftung analog § 82 KO	90, 275	= Belehrung über Fehler und Verjährungsfrist	90, 179
Sittenwidrige Schädigung, § 826 BGB		= Verkürzung der Verjährungsfrist	90, 179
- Jahresabschluß	90, 290	= Verschulden b. Vertragsabschluß	90, 272
- Testat ohne Prüfung	90, 95	Unternehmensbeteiligung	
Sozialrecht		- Geschäftswertermittlung d. Stb	90, 3
- Beratung d. StB	90, 198	= Bonitätsprüfung d. Stb	90, 3
Sozietät		- Haftung f. Altverbindlichkeiten, § 25 Abs. 2, § 28 Abs. 2 HGB	90, 19
- Ausscheiden d. Gesellschafters		Unterschrift	
= Anspruch auf Geschäftswert	90, 272	- Klageschrift	90, 94
- Rechtsschein, Briefbogen, Stempel, Siegel	90, 73	Untreue, § 266 StGB	
- neuer Sozios	90, 73	- Auskehr v. Mandantengeldern	90, 87
- überörtliche -	90, 178	= d. Rechtsanwaltes	90, 87
- Vertrag mit Sozietät o. Sozien	90, 73	- Strafzumessung	90, 94
Standesrecht		Verdeckte Gewinnausschüttung	
- Personalanzeige	90, 178	- Verpachtung der Einzelpraxis	90, 178
Steuerberaterhaftung		Verjährung (§ 68 StBerG, § 51 a WPO)	
- Abweichungen zwischen Bankkonto und Abrechnungsunterlagen	90, 135	- Belehrungspflicht über eigene Fehler und Verjährungsvorschrift Sekundäranspruch	
- Prüfungspflicht des Mandanten, Mitverschulden	90, 135	= Ende der Belehrungspflicht	
- Prüfungspflichten bei der Erstellung der Einnahme-Überschuß-Rechnung	90, 135	- Auflösung d. Stb-Vertrages	90, 62, 112
Steuerberaterprüfung		- Rückgabe der Zulassung	90, 112
- Fortbildungskosten gem. § 9 Abs. 1 EStG	90, 208	= Hinweis auf Sekundäranspruch	90, 291
Steuerberatungsgesetz		= Verjährungsbeginn	90, 291
- § 57		= schuldhaftes Verletzung d. -	90, 62
= Wirtschaftsberatung	90, 94	- vorvertraglicher Regreßanspruch	90, 272
= Zahlung d. Versicherungsprämie	90, 2	- Treuhandvertrag	90, 272
- § 67		- Verjährungshemmung	
= Nichtzahlung d. Versicherungsprämie	90, 2	= FG-Prozeß	90, 291
Steuerberatungsvertrag		- Verjährungsbeginn	
- Annahmeverzug d. Mandanten		= Beitritt zum Bauherrenmodell	90, 146
= Vergütungsanspruch d. Stb	90, 134	= Bestandskraft d. Steuerbescheides	90, 62
- Garantievertrag	90, 125	= Folgeschäden	90, 62, 164
- Kündigung, § 627 BGB	90, 134	= Fristversäumnis, § 13 a Abs. 2 EStG, § 24 Abs. 4 UStG	90, 163
- Kündigung aus wichtigem Grund, § 626 Abs. 1 BGB		= Gerichts- u. Anwaltskosten	90, 167
= Beweislast	90, 134	= Mehrfachberufler	90, 147
- Mängelbeseitigung	90, 106, 141	= Mietgarantie	90, 272
- Mitarbeiterverschulden	90, 126	= Nachbesserungskosten	90, 106
- Pflicht zur Wirtschaftsberatung	90, 122	= Sekundäranspruch	90, 291
Steuergestaltungsberatung		Verjährung, § 51 BRAO	
- Agenturgeschäft	90, 36	- Sekundäranspruch	
- Umwandlung	90, 33	= Anlaß zur Belehrung	90, 141
		= Frist	90, 141
		= Mandatsende	90, 141

- Verjährungsbeginn		BGH v. 8.11.1989 – IVa ZR 163/88	90, 157
= Abschluß d. Notarvertrages	90, 256	BGH v. 4.12.1989 – AnwZ (B) 56/89	90, 242
= Schadenentstehung,		= BRAK-Mitteilung 1990, 114	
Schmerzensgeldanspruch	90, 141	BGH v. 7.12.1989 – I ZR 3/88	90, 94
Verjährung (§ 196 Abs. 1 Nr. 15)		= Steuertex 173/90	
- Buchführungshonorar	90, 272	BGH v. 14.12.1989 – IX ZR 119/88	90, 51
Verkehrs-/Prozeßanwalt	90, 32, 50, 209	BGH v. 12.1.1990 – IX ZR 245/88	90, 72
- Prozeßtaktik	90, 209	BGH v. 15.1.1990 – II ZR 14/89	90, 272
- Verantwortungsbereiche	90, 220	= BB 1990, 597	
Vermietung		BGH v. 30.1.1990 – XI ZR 63/89	90, 82
- Pkw d. Ehefrau	90, 272	= DSfR 90, 497	
Verrechnungskonto		= VersR 90, 534	
- Differenzen	90, 143	= WM 90, 808	
Verschulden		BGH v. 1.2.1990 – IX ZR 82/90	90, 112
- Kollegialgerichtsentscheidung	90, 216	= DB 90, 88 e	
Versicherungsschutz		= EWiR § 51 BRAO 1/90, 987 (Borgmann)	
- Ansprüche gegen Versicherer		= NJW-RR 90, 450	
= versicherte Gefahr, § 158 c Abs. 3 VVG	90, 156	BGH v. 3.4.1990 – IX ZR 206/88	90/243
- Beirat u. Aufsichtsräte	90, 157	= WM 90, 966	
- Bindung des Haftpflichturteils	90, 42	BGH v. 10.5.1990 – IX ZR 113/89	90, 185
- Empfehlung wirtschaftl. Geschäfte		= WM 90, 1710	
(§ 4 Zf. 4 AVB)	90, 42	BGH v. 31.5.1990 – VII ZR 340/88	90, 221
= Vermittlung u. Finanzierung v. ETW	90, 156	= EWiR § 276 BGB 3/90, 757 (Assmann)	
- Mindestdeckungssummen	90, 251	= NJW 90, 246	
- wissentliche Pflichtverletzung (§ 4 Nr. 6 AVB)		= WuB I G.9/1.90 (von Heymann)	
= Nichtaufdeckung einer		= WM 90, 1276	
Interessenverflechtung	90, 42	= ZIP 90, 928	
= Fristversäumnisse	90, 59	BGH v. 28.6.1990 – IX ZR 209/89	90, 209
- Serienschaden	90, 251	BGH v. 5.7.1990 – VII ZR 26/89	90, 179
- Unternehmensrisiko	90, 157	= StB 90, 346	
- Verstoß	90, 251	= VersR 1990, 1250	
- Zahlung d. Versicherungsprämie	90, 2	BGH v. 25.9.1990 – XI ZR 126/89	90, 291
- Zinsen und Kosten	90, 157		
Vorsatz		BVerfG (Vorprüfungsausschuß) v. 9.10.1989	90, 94
- Schadenzufügung, § 826 BGB	90, 95	= 2 BvR 1558/89	
Vorteilsausgleich		= wistra 1990, 97	
- Steuervorteil	90, 37, 38, 231	Bayr. VG München v. 17.1.1990	
= Afa-Vorteile	90, 232	- M 16 K 89.2629	90, 242
= Vorsteuererstattung	90, 232		
Weisung d. Mandanten		Bayr. OLG v. 26.10.1987 – 4 St 164/87	90, 2
- unsachgemäße –	90, 214	= StB 1989, 159	
Werbeverbot		Bayr. OLG v. 31.1.1990 – RReg. 3 St 166/89	90, 242
- Personalanzeige für Mandanten	90, 178	= DB 1990, 678	
Wettbewerbsverbot	90, 242	OLG Celle v. 20.9.1989 – 3 U 240/88	90, 3
Wirtschaftsberatung		OLG Düsseldorf v. 6.10.1988 – 8 U 188/87	90, 50
- Berufsbild d. Steuerberaters	90, 94	= VersR 1989, 850	
- bei Steuerberatung	90, 122	OLG Düsseldorf v. 15.12.1988 – 8 U 41/87	90, 156
BGH v. 25.1.1989 – VII ZB 32/88	90, 2	= VersR 1989, 286	
= VersR 1989, 1167		OLG Düsseldorf v. 22.12.1988 – 8 U 15/88	90, 156
BGH v. 26.1.1989 – I StR 740/88	90, 32	= VersR 1989, 287	
= wistra 1989, 181		OLG Düsseldorf v. 13.7.1989 – 8 U 223/88	90, 32
BGH v. 13.7.1989 – VII ZR 223/88	90, 50	= VersR 1989, 1262	
BGH v. 11.7.1989 – II ZB 5/88	90, 32	OLG Düsseldorf v. 27.7.1989 – 12 U 226/88	90, 8
BGH v. 24.8.1989 – I StR 329/89	90, 94	OLG Düsseldorf v. 14.12.1989 – 10 W 109/89	90, 242
= wistra 1990, 98		= MDR 1990, 453	
BGH v. 28.9.1989 – VII ZB 9/89	90, 32, 208	OLG Düsseldorf v. 5.4.1990 –	
= VersR 1989, 1316		18 U 244/89, rkr.	90, 135
= BRAK-Mitteilung 1990, 117		OLG Düsseldorf v. 26.4.1990 – 18 U 16/90	90, 113
BGH v. 16.10.1989 – II ZR 2/89	90, 242	OLG Düsseldorf v. 3.5.1990 – 18 U 216/89	90, 172
= DB 90, 213		OLG Düsseldorf v. 3.5.1990 –	
BGH v. 17.10.1989 – XI ZR 158/88	90, 73	18 U 243/89, rkr.	90, 115
= BB 89, 2438		OLG Düsseldorf v. 3.5.1990 – 18 U 254/89	90, 192
= EWiR § 145 BGB, 1/90, 549 (Gräfel)		OLG Düsseldorf v. 10.5.1990 –	
= NJW 90, 808		18 U 205/89, rkr.	90, 138
= NJW 90, 827		OLG Düsseldorf v. 17.5.1990 – 18 U 4/90	90, 160
= WM 90, 188		OLG Düsseldorf v. 28.5.1990 – 18 U 206/89	90, 163
= VersR 90, 97			
BGH v. 6.11.1989 – II ZR 235/88	90, 231		
= StB 90, 59			

OLG Frankfurt v. 20. 9. 1988 – 11 U 15/88	90, 95	LG Duisburg v. 9. 11. 1989 – 9 O 97/88	90, 112
OLG Frankfurt v. 4. 4. 1989 – 14 U 231/87	90, 33	LG Köln v. 22. 6. 1988 – 20 O 5417/87	90, 126
OLG Hamburg v. 26. 4. 1990 – 6 U 1/90	90, 275	LG Köln v. 15. 2. 1989 – 171 StL 3/89	90, 30
OLG Hamburg v. 28. 6. 1990 – 8 U 171/84	90, 284	= StB 1989, 335	
OLG Hamm v. 15. 6. 1988 – 25 U 155/87	90, 57	LG Köln v. 15. 2. 1989 – 171 StL 1/89	90, 30
OLG Hamm v. 22. 6. 1988 – 25 U 198/87	90, 167	= StB 1989, 336	
OLG Hamm v. 26. 4. 1989 – 25 U 10/86	90, 280	LG Köln v. 22. 6. 1989 – 2 O 42/88	90, 131
OLG Hamm v. 14. 6. 1989 – 25 U 22/88	90, 101	LG Köln v. 19. 10. 1989 – 2 O 71/89	90, 69
= StB 1990, 162		LG Köln v. 30. 1. 1990 – 25 U 164/88	90, 143
OLG Hamm v. 23. 6. 1989 – 25 U 148/88	90, 72	LG Köln v. 15. 5. 1990 – 86 O 61/90	90, 208
OLG Hamm v. 26. 6. 1989 – 25 W 14/89	90, 106	= WPK-Mitteilung 1990, 157	
OLG Hamm v. 5. 7. 1989 – 25 U 233/88	90, 53	LG Mannheim v. 25. 10. 1989	
OLG Hamm v. 30. 9. 1989 – 25 U 251/87	90, 36	– 9 O 117/89, rkr.	
OLG Hamm v. 11. 11. 1989 – 25 U 25/88	90, 15	= RPK U 64/90	90, 146
OLG Hamm v. 4. 4. 1990 – 25 U 181/89	90, 273	LG München v. 3. 10. 1988 – 26 O 12175/88	90, 156
OLG Hamm v. 6. 4. 1990 – 25 U 245/88	90, 247	= StB 1990, 24	
OLG Hamm v. 2. 5. 1990 – 25 U 151/89	90, 278	LG Münster v. 11. 9. 1989 – 3 a StL 10/89	90, 134
OLG Karlsruhe v. 24. 5. 1989 – 6 U 51/88	90, 18	= StB 1990, 163	
= StB 1990, 158	90, 87	LG Münster v. 15. 11. 1989 – 7 a StL 11/89	90, 178
OLG Karlsruhe v. 30. 8. 1989 – 1 Ws 60/89		= StB 1990, 238	
= NStZ 1990, 82		LG Oldenburg v. 27. 8. 1984 – 13 O 864/84	90, 38
OLG Karlsruhe v. 27. 4. 1990 – 10 U 298/89	90, 272	LG Paderborn v. 19. 10. 1989 – 3 O 394/89	90, 40
= Steuerberater 1990, 312		LG Stuttgart v. 28. 2. 1989 – 17 O 602/88	90, 28
OLG Koblenz v. 28. 2. 1989 – 12 W 96/89	90, 59	LG Stuttgart v. 12. 12. 1989	
= VersR 1990, 41		– 17 O 279/89 (rkr.)	90, 42
OLG Koblenz v. 9. 6. 1989 – 2 U 1907/87	90, 2	LG Würzburg v. 20. 10. 1989 – QS 323/89	90, 94
= NJW 1989, 2699		= wistra 1990, 118	
OLG Koblenz v. 20. 11. 1989 – 1 W 489/89	90, 72	LG Wuppertal v. 6. 12. 1988 – 5 O 168/88	90, 47
= vgl. auch OLG Düsseldorf AnwBl. 1987, 47			
= AnwBl. 1984, 444		BAG v. 27. 9. 1988 – 3 AZR 59/87	90, 169
OLG Koblenz v. 16. 3. 1989 –			
5 U 1334/88, nrkr.	90, 119	AG München v. 13. 12. 1989 – 11 AR 4138/89	90, 242
OLG Köln v. 9. 3. 1985 – 5 U 111/88	90, 198	= BB 1990, 453	
OLG Köln v. 4. 10. 1989 – 2 U 13/89 rkr.	90, 72		
= DStR 1990, 45		BFH v. 12. 5. 1987 – VII B 63/87	90, 50
OLG Köln v. 2. 11. 1989 – 7 U 95/89	90, 141	= BFH NV 1988, 38	
OLG Köln v. 15. 2. 1990 – 5 U 212/89	90, 251	BFH v. 19. 1. 1989 – IV R 21/87	90, 32
= VersR 1990, 1144		= NJW 1989, 2646	
OLG Köln v. 7. 3. 1990 – 11 U 208/89	90, 106	BFH v. 2. 6. 1989 – X R 5/85	90, 112
OLG München v. 2. 5. 1989 – 21 U 2463/89	90, 208	= BFH NV 1990/117	
= NJW 1990, 191		BFH v. 24. 7. 1989 – III R 83/88	90, 134
OLG München v. 5. 5. 1989 – 14 U 646/88	90, 233	= BFH NV 1990, 248	
= BRAK-Mitteilung 1990, 116		BFH v. 28. 2. 1990 – I R 144/87	90, 178
OLG München v. 12. 4. 1990 – 6 U 5905/89	90, 178	= DStR 1990, 42	
(n. rkr.)		BFH v. 6. 4. 1990 – VII E 9/89	90, 235
= BB 1990, 875		= BStBl 1990, 584	
= DB 1990, 984			
= EWiR § 28 BRAO I/90, 573 (Kleine-Cosack)		EG Berlin v. 17. 8. 1988 – 1 EG 10/88	90, 2
OLG München v. 1. 6. 1990 – 14 U 843/89	90, 256	= RBeistand 1989, 55	
OLG Nürnberg v. 27. 4. 1990 – 6 U 4005/89	90, 272		
= RPK 956/90		FG Berlin v. 17. 1. 1989 – V 95/86	90, 208
OLG Saarbrücken v. 6. 6. 1989 – 7 U 95/89	90, 134	= BRAK-Mitteilung 1990, 118	
= StB 1990, 162		FG Hamburg v. 20. 7. 1989 – 1162/88	90, 94
OLG Schleswig-Holstein v. 11. 1. 1990	90, 200	= EFG 1990, 119	
– 11 U 109/88		Nieders. FG v. 15. 6. 1990 – II 104/89	90, 208
OLG Stuttgart v. 31. 3. 1989 – 9 U 234/88	90, 112	= EFG 1990, 172	
= NJW-RR 1990, 473		FG Saarland v. 24. 5. 1989 – 2 K 214/86	90, 30
OLG Stuttgart v. 23. 2. 1990 – 2 U 296/88	90, 261	= DStR 1989, 719	
OVG Hamburg v. 25. 7. 1989		OFD Münster v. 9. 2. 1990 – S 7360-30-St 44-32	90, 272
– OVG Bf VI 64/86		= LEXinform 0094502	
= DStR 1989, 683	90, 30	= STEUER-TELEX 3443	
		Schreiben d. Bundesministers d. Finanzen	
		v. 3. 4. 1990 – IV A 5/S 0062/5-90	90, 112

© Gerling-Konzern
Vertriebs-Aktiengesellschaft
Abteilung Presse und Information
Gereonshof, 5000 Köln 1
Telefon: (02 21) 144-7298

Verantwortlich für den Inhalt:
Rechtsanwalt Dr. Jürgen Gräfe,
Fachanwalt für Steuerrecht

Nachdruck nur mit vorheriger
schriftlicher Zustimmung.